

Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU-15:

Wasser und Abwasser

Bela M. Hollos

Wien, September 2003

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|--|----|
| 1. EU-Rechtliche Grundlagen..... | 3 |
| 2. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in den EU-Staaten..... | 5 |
| Unternehmenskonzentration | 5 |
| 3. Der Weltwassermarkt | 8 |
| 4. Länderberichte | 9 |
| 4.1. Belgien | 9 |
| 4.2. Dänemark | 11 |
| 4.3. Deutschland | 13 |
| 4.4. Finnland | 15 |
| 4.5. Frankreich..... | 16 |
| 4.6. Griechenland | 18 |
| 4.7. Großbritannien | 20 |
| 4.8. Irland | 25 |
| 4.9. Italien | 26 |
| 4.10. Luxemburg..... | 27 |
| 4.11. Niederlande | 28 |
| 4.12. Österreich | 29 |
| 4.13. Portugal..... | 32 |
| 4.14. Schweden..... | 32 |
| 4.15. Spanien..... | 35 |
| 5. Literatur | 38 |
| 6. Internetquellen..... | 39 |

1. EU-Rechtliche Grundlagen

Im Gegensatz zum Eisenbahnwesen und zum Bereich Energie gibt es in der EU für andere Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, wie etwa Abfallwirtschaft, Wasserversorgung oder öffentlich-rechtlichen Rundfunk, kein umfassendes Regelwerk auf Gemeinschaftsebene, das Liberalisierung oder Privatisierung der Bereiche verlangen würde. Sofern diese Dienstleistungen jedoch den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen, unterliegt ihre Bereitstellung und organisatorische Abwicklung im Allgemeinen den für den Binnenmarkt, den Wettbewerb und staatliche Beihilfen geltenden Vorschriften. Darüber hinaus können auf bestimmte Aspekte der Erbringung dieser Leistungen spezielle Gemeinschaftsvorschriften wie etwa das Umweltrecht zur Anwendung kommen.

Im September 2000 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung "Leistungen der Daseinsvorsorge" verabschiedet. Sie ist zwar rechtlich unverbindlich, gibt aber doch das Meinungsbild der EU-Kommission wieder. Die vertrat darin u.a. folgende vier Thesen:

- Daseinsvorsorge, Binnenmarkt und Wettbewerbspolitik ergänzen sich.
- Liberalisierung sichert und steigert das Qualitätsniveau und den VerbraucherInnenschutz.
- Der territoriale Ansatz ist veraltet.
- An gemeinwohlorientierte Leistungen sind folgende Ansprüche zu stellen: wirksamer Wettbewerb, freie Wahl des Anbieters, transparente Entgelte, unabhängige Regulierungsinstanzen¹.

Im gleichen Jahr wurde – nach mehrjähriger Vorbereitung – aber auch die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) beschlossen. Und darin wurde festgelegt, dass Wasser keine übliche Handelsware ist, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und schonend behandelt werden muss. Diese WRRL enthält grundlegende Bestimmungen bezüglich der Deckung der Kosten der Wasserdienstleistungen. Die Mitgliedsstaaten haben den Grundsatz der Deckung der Kosten der Wasserdienstleistungen einschließlich umwelt- und ressourcenbezogener Kosten – unter Einbeziehung der wirtschaftlichen Analyse und insbesondere unter Zugrundelegung des Verursacherprinzips – zu berücksichtigen. Bis zum Jahre 2010 haben sie dafür zu sorgen, dass die Wassergebührenpolitik angemessene Anreize bietet, Wasserressourcen effizient zu nutzen, und somit zu den Umweltzielen dieser Richtlinie beiträgt, und die verschiedenen Wassernutzungen (zumindest gesondert für Industrie, Haushalte und Landwirtschaft) einen angemessenen Beitrag zur Deckung der Kosten der Wasserdienstleistungen leisten.

Die Vorgaben sprechen von einem angemessenen Beitrag und verlangen somit keine volle Kostendeckung. Die Mitgliedstaaten können dabei den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Kostendeckung sowie den geographischen und klimatischen Gegebenheiten der jeweiligen Region Rechnung tragen.

Entgegen anders lautender Aussagen der österreichischen Bundesregierung verfolgt die EU-Kommission im Bereich der Wasserversorgung vordergründig keine Privatisierungspolitik. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips wird die Organisation der Strukturen von Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Aufgabe der Mitgliedstaaten bleiben. Es gibt keine Präferenzen der EU gegenüber kommunalen oder privaten Betrieben oder Mischformen (PPP's). Allerdings ist vor allem durch die Umsetzung der „Urban Wastewater Treatment Directive (UWWTD)“ von 1998 ein gewaltiger Finanzierungsbedarf gegeben. Das nötige Investitionsvolumen, um in allen EU-Mitgliedstaaten den gewünschten Standard zu erreichen, wird auf 250 Mrd. € geschätzt, davon

¹ Mitteilungen der EU-Kommission : „Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa“, 20.9.2000

215 Mrd. € im Abwasserbereich. Diese Summen werden von den Gemeinden, die vielfach die DienstleisterInnen im Wasser- und Abwasserbereich sind, allein kaum aufzubringen sein.²

Das im Mai 2003 veröffentlichte Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse der EU-Kommission definiert die Wasserversorgung als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse und wiederholt, dass sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten nicht beeinträchtigen darf. Sie erlaubt ausdrücklich für die Wasserwirtschaft die Beibehaltung eines Betreibers mit ausschließlichem Recht zum Betrieb der Dienste, verlangt also keine Liberalisierung des Bereiches oder die Privatisierung von Unternehmen.

Für eine neue Diskussionsrunde könnte aber „GATS“ sorgen, der Entwurf eines Abkommens der Welthandelsorganisation WTO über grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr, wonach auch die Wasserversorgung der Marktlogik unterworfen werden soll. Aus nicht veröffentlichten Dokumenten der EU-Kommission geht hervor, dass die Kommission 72 Staaten zur Öffnung ihrer Wassermärkte aufgefordert hat. Diese Aufforderungen kamen nach einer Phase der intensiven Beratungen und Zusammenarbeit mit Vertretern der Wasserversorgungsunternehmen zustande.³

“What these documents reveal is that the EC clearly identifies with the interests of the corporations when it designs its GATS negotiating goals, the Commission is using GATS to pursue the market expansion interests of large EU-based water corporations and nothing else.”⁴

² Infrastructure Journal, Jan/Feb 2000

³ Daniel Politi: “Privatizing Water: What the European Commission Doesn’t Want You to Know” (<http://www.mindfully.org/Water/2003/Privatizing-Water-EC11apr03.htm>)

⁴ Olivier Hoedeman, „Corporate Europe Observatory“ (www.corporateeurope.org)

2. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in den EU-Staaten

Der gesetzliche Rahmen für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in den EU-Staaten umfasst eine große Anzahl unterschiedlicher organisatorischer Strukturen, die – im jeweiligen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kontext – festlegen, wie die Wasserwirtschaft gemanagt und reguliert wird.

Die Bereitstellung entsprechender Dienstleistungen auf kommunaler Ebene war und ist seit vielen Jahrhunderten ein Merkmal des politischen und sozialen Lebens in Europa. Die Verantwortung der Gemeinden für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung hat aus historischer Sicht deren kulturelle, soziale und politische Bedeutung gestärkt.

Das Vermächtnis dieser historischen Tradition unterscheidet die Wasserversorgung von anderen netzbezogenen Dienstleistungen wie Gas, Strom, Telefon oder Eisenbahnen. Diese „jüngeren“ Dienstleistungen wurden mehr oder weniger auf regionaler oder nationaler Ebene bereitgestellt.

Der gesetzliche Ordnungsrahmen für die Wasserversorgung in den Mitgliedstaaten konzentriert sich auf Maßnahmen des Gesundheits- und Umweltschutzes und die Rahmenbedingungen der Entwicklung von Managementaufgaben der kommunalen und lokalen Behörden.

Unternehmenskonzentration

Unter dem Eindruck neoliberaler Wirtschaftskonzepte sowie der Liberalisierung und Privatisierung in anderen Bereichen öffentlicher Dienstleistungen erlebt auch der Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung in den vergangenen Jahren erhebliche Veränderungen. Oft wird von BefürworterInnen einer Privatisierung und Liberalisierung ins Treffen geführt, dass nur große Unternehmen wettbewerbsfähig seien. Der Grad der wirtschaftlichen Konzentration in der Wasser- und Abwasserwirtschaft der EU differiert stark. Als Extrempunkte würden auf der einen Seite Frankreich oder Großbritannien gelten, mit wenigen großen Versorgern, und auf der anderen Seite Schweden oder mit zahlreichen kommunalen Versorgern. Die schwedischen Versorger arbeiten für ihre KundInnen allerdings deutlich günstiger und bieten bessere Leistungen (Wasserqualität, Leitungsverluste) als ihre französischen oder britischen Pendanten. Aber etwa auch die sehr kleinteilig strukturierte Wasserwirtschaft in Bayern liefert Wasser im Durchschnitt deutlich günstiger als die großen Versorger in den anderen deutschen Bundesländern.

Ein Preisvergleich alleine ist bei der Bewertung der unterschiedlichen Systeme aber zu kurz gegriffen. Das Kostendeckungsprinzip ist zwar in allen EU-Staaten verankert, allerdings werden die Wasserpreise auf verschiedenste Art subventioniert::

- In Portugal, Spanien und Griechenland wird der Wasserpreis über den EU-Kohäsionsfonds subventioniert.
- In England und Wales wurden die Schulden der Wasserversorger für Infrastrukturinvestitionen bei der Privatisierung im Jahr 1989 ganz einfach abgeschrieben, das Anlagevermögen für die gesamte Infrastruktur stand nur noch mit 4 % in den Büchern. Dadurch sind für die vor 1989 getätigten Investitionen keine Kapitalkosten fällig.

Auch die verschiedenen Umsatzsteuersätze sind ein Faktor bei den Kostenunterschieden. Die Umsatzsteuersätze für den privaten Haushaltsverbrauch liegen zwischen 0% in England und Wales, 5,5 % in Frankreich, 6 % in Spanien, 7 % in Deutschland, 8,6 % in Italien und 25 % in Dänemark.

Ein wichtiges Moment sind die Leitungsverluste. Sie zeigen fehlende, oft enorme Investitionen auf, die über kurz oder lang getätigt werden müssen und dann die Preise belasten. Die durchschnittlichen Leitungsverluste liegen zwischen 3 % (Niederlande), 8 bis 9% (Österreich), 9 % (Dänemark und Deutschland, bis über 30 % (Italien, Frankreich und England).

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in den EU-Staaten – Key Issues

| | Gesetzgebende Verantwortlichkeit | Verantwortlichkeit für die Bereitstellung der Wasserversorgungs- und Abwasserdienste | Operative Bereitstellung der Dienste | Beteiligung privater Investoren | Outsourcing, Delegation und Abtretung von Diensten | Finanzierung der Dienste (Tarifsystem) |
|--|----------------------------------|--|--|--|---|--|
| Belgien | Zentralregierung | Regionalregierungen, Gemeinden | Betriebe im Gemeindebesitz | Kapitalinvestitionsprojekte wie bspw. BOT-Projekte ⁵ und Minderheitsbeteiligungen in regionalen Unternehmen | Outsourcing für spezifische Dienste durch Vertrag mit den zuständigen Behörden | Für Trinkwasser: volumetrisch und festgelegt durch die Gemeinden aber mit Bestätigung durch das Wirtschaftsministerium. Für Abwasser: Finanzierung durch regionale Steuern |
| Dänemark | Zentralregierung | Gemeinden | Gemeindebetriebe | Gewöhnlich bei kleinen ländlichen Diensteanbietern | Outsourcing oder Delegation liegt im Verantwortungsbereich der Gemeinden | Festgelegte Volumenspreise, Die Gemeinden bestätigen die Wasser- und Abwassertarife |
| Deutschland | Bundesregierung und Länder | Gemeinden | Gemeindebetriebe (85%, 48% der Bevölkerung) oder Unternehmen mit Gemeinden als Mehrheits-eigentümer (15%, 52% der Bevölkerung) | Möglichkeiten der Eigenkapitalbeteiligung an Betrieben in Gemeindebesitz oder Investitionsvorhaben | Outsourcing spezifischer Dienste | Kostendeckungsprinzip. Von den Gemeinden festgelegte und gesetzlich geregelte Volumenspreise |
| Finnland | Zentralregierung | Gemeinden | Gemeindebetriebe | Keine | Outsourcing und Contracting out nimmt zu | Von den Gemeinden festgelegte Volumenspreise. Eine Abwasserabgabe ist direkt an den Wasserverbrauch gekoppelt |
| Frankreich | Zentralregierung | Gemeinden | Eine Mischung aus Privatbetrieben (hauptsächlich „Suez“ und „Veolia“) und Gemeindebetrieben | Private Unternehmen in 60% der Gemeinden, hauptsächlich mit „AFFERMAGE“-Verträgen ⁶ | Betriebliche Aktivitäten und Risiken können an Drittparteien ausgelagert werden. Outsourcing-Verträge mit privaten oder öffentlichen Einheiten sind möglich | Volumensbezogene Abgaben an die Betreiber im Rahmen des zwischen Gemeinde und Betreiber abgeschlossenen Vertrages. Abwassergebühren gehen an die Gemeinden. |
| Griechenland | Zentralregierung | Gemeinden | Gemeindebetriebe oder Betriebe mit Gemeinden als alleinige Anteilseigner | Kapitalinvestmentprojekte | Outsourcing und Contracting out spezifischer Dienste | Volumetrische Abgaben für Großverbraucher. Die Kosten für Gemeindebetriebe werden über lokale Steuern aufgebracht. |
| Großbritannien / England & Wales) | Zentralregierung | Private und von der Regierung lizenzierte Unternehmen. | Private Unternehmen. | Vollprivatisierung | Outsourcing mancher individueller Funktionen | „Flat Rate“-Gebühren für Haushalte, volumetrisch für Großabnehmer. Preisdeckelung wird vom Regulator OFWAT festgelegt. |

⁵ **BOT-Projekte (BUILT, Operate, Transfer): Infrastrukturprojekte, bei denen Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb aus einer Hand kommen**

⁶ Dieses in Frankreich weit verbreitete Modell des Einbezugs privater (oder anderer) Unternehmen sieht meistens vor, dass der Vertragsinhaber die Anlagen von der Gemeinde least und sie betreibt. Die Bürger bezahlen direkt an das Unternehmen, das aus den Umsatzerlösen den Betriebs- und Instandhaltungsaufwand deckt. Größere Anlageninvestitionen werden von der Kommune getätigt, die für die Finanzierung eine zusätzliche Gebühr erheben kann. Der Wasserpreis, die technischen und qualitativen Anforderungen sowie die Vertragsdauer (meist zwischen 15 und 25 Jahren) sind vertraglich geregelt, müssen aber ebenso wie die Instandhaltung der Anlagen definiert und geregelt werden, was den Regulierungsaufwand erhöht.

| | | | | | | |
|---|------------------|------------------------------------|---|---|--|---|
| Großbritannien / Nordirland & Schottland | | Regionalversammlungen und Behörden | Unabhängige Unternehmen in öffentlichem Besitz | Kapitalinvestment, BOT-Projekte | Selten Outsourcing spezifischer Funktionen | „Flat Rate“ durch lokale Besteuerung, volumetrisch für Großabnehmer. Schottland: Festlegung der Preise durch Assembly nach Empfehlungen des Regulators („WIC“). Nordirland: Festlegung durch Assembly |
| Irland | Zentralregierung | Gemeinden | Städtische Betriebe oder Betriebe der City Councils | Kapitalinvestmentprojekte, DBO's ⁷ für Abwasserbehandlung in Cork, Dublin, Limerick. „Group Water Schemes“ ⁸ in ländlichen Gebieten | Outsourcing spezifischer Funktionen an andere Betreiber (z.B. an „AWG“) | Keine Gebühren für Haushalte, Großabnehmer werden abgelesen |
| Italien | Zentralregierung | Gemeinden | Eine Mischung aus Gemeindebetrieben und privaten Aktiengesellschaften | Private Investoren bei gemeindeeigenen Betrieben und auf Basis von Konzessionsvergaben | Outsourcing und Contracting out spezifischer Aktivitäten, hauptsächlich bei Kapitalinvestmentprojekten | Tarife basieren auf volumetrischen Gebühren. Neue Regulierungen auf Basis der vollständigen Kostendeckung sind noch uneinheitlich, nach wie vor substanzielle Zuschüsse aus den Gemeindebudgets |
| Luxemburg | Zentralregierung | Gemeinden | Gemeindebetriebe | Keine | Keine | Tarife werden von den Kommunen festgelegt |
| Niederlande | Zentralregierung | Gemeinden | Betriebe in Gemeindebesitz oder mit Gemeinden als Hauptanteilseignern | Kapitalinvestoren bei Gemeindeeigenen Betrieben aber Mehrheitsbeteiligungen sind gesetzlich untersagt. BTO/DBO-Verträge sind möglich | Outsourcing von spezifischen Diensten oder Funktionen ist möglich | Von den Gemeinden festgelegte volumetrische Abgaben |
| Österreich | Bundesregierung | Gemeinden | Gemeindebetriebe | Kapitalinvestitionsprojekte | Outsourcing spezifischer Teildienste | Volumensabhängig, wird von den Gemeinden festgelegt |
| Portugal | Zentralregierung | Gemeinden | Betriebe in Gemeindebesitz oder mit Gemeinden als Hauptanteilseignern | Investoren in kommunalen Betrieben, die als Konzessionäre tätig sind | Outsourcing spezifischer Dienste und Delegation von Diensten an konzessionierte juristische Personen | Werden von den Gemeinden festgelegt unter Abstimmung mit den Operators. Dort, wo Verbrauchsmessungen stattfinden, festgelegte volumetrische Tarife |
| Schweden | Zentralregierung | Gemeinden | Betriebe in Gemeindebesitz | Keine | Liegt im Entscheidungsbereich der Gemeindebetriebe. Spezifische Funktionen werden nach Vergabegesetzen outsourct | Festgelegte volumetrische Raten. Tarife und Finanzierung der Dienste werden von den Gemeinden festgelegt. |
| Spanien | Zentralregierung | Gemeinden | Gemeindebetriebe oder Betriebe in Gemeinde-/privatem Besitz | | Gesamtverantwortung der Gemeinden kann outsourct werden | Tarife werden von den Gemeinden kostendeckend festgelegt |

Quelle: Country Report Summary of Key Issues, in: WRc Study, Dezember 2002

⁷ DBO-Projekte (Design-Build-Operate): Ein Firmenkonsortium plant, finanziert, errichtet und wartet eine Anlage nach Vorgabe des Auftraggebers

⁸ System der gemeinsamen Wasserversorgung einer Gruppe von Haushalten

3. Der Weltwassermarkt

Der weltweite Markt für Wasserversorger wird von AktienexpertInnen auf etwa € 150 Mrd. geschätzt und soll – nach Schätzung der deutschen Unternehmensberatungsfirma Helmut Kaiser – bis 2015 um durchschnittlich 8% jährlich auf € 277,5 Mrd. wachsen. Die höchsten Zuwachsraten bei Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung stünden in Asien und Osteuropa an. Während in den Industriestaaten veraltete Leitungsnetze mit Investitionen von etwa € 80 Mrd. jährlich erneuert werden, wird in den Entwicklungsländern eine Wasserinfrastruktur aufgebaut mit Investitionen von jährlich etwa € 70 Mrd. 1998 verfügten nur rund 40 % der Weltbevölkerung über eine qualitativ und quantitativ ausreichende Versorgung, nur 10 % der weltweiten Abwässer wurden gereinigt.⁹

Die fortschreitende Privatisierung gilt dabei als Wachstumstreiber. Die Genfer Bank „Pictet“ hat im Jänner 2000 den weltweit ersten Wasser-Aktienfonds lanciert, der in 40 Wasserfirmen investiert. Die US-amerikanische „Avalon Trust Company“ bot kurz darauf ebenfalls einen Wasserfonds an. Wo auch immer weltweit Trink- und Abwasserversorgungen an Privatfirmen verkauft oder Lizenzen für Jahrzehnte vergeben werden, wird ein entsprechendes Angebot in der britischen Zeitschrift „Global water intelligence“ mitsamt den Bedingungen veröffentlicht.

Derzeit versorgen private Wasserversorger etwa 7,5% der Weltbevölkerung. Analysten zufolge könnten es bis zum Jahr 2015 rund 20% sein. Der größte Wachstumsschub wird diesbezüglich in den USA erwartet, wo der Anteil der privat versorgten Bevölkerung von 14 auf 65% steigen könnte. Auch in Europa soll nach Schätzungen von „Pictet“ bis 2015 die Privatisierung der Wasserversorgung sprunghaft zunehmen: Wurden 1999 noch 35% der Wasserversorgungen durch private Firmen sichergestellt, so sollen es 2015 schon 75-85% sein.

Das Wassergeschäft unterliegt allerdings einigen Besonderheiten. Effizienzgewinne lassen sich nur in den Bereichen Verwaltung und Einkauf erzielen. Gleichzeitig sind hohe Anfangsinvestitionen notwendig, die mit politischen Risiken verbunden sind. Zwangsläufig versuchen die privaten Unternehmen daher auch, im Verkauf zusätzliche Gewinne zu lukrieren. Auch der Trend zur Unternehmenskonzentration hält im Wasser- und Abwasserbereich ungebrochen an. Derzeit haben etwa 85 Unternehmen weltweit mit Zielrichtung Multi-Utility einen Anteil am privaten Wasser- und Abwassermarkt von 60%, bis 2015 sollen (laut Prognose der Unternehmensberatungsfirma Helmut Kaiser¹⁰) weniger als 20 Unternehmen über 50% Marktanteil halten.

Faktisch ist heute der private Wasser- und Abwasserweltmarkt unter drei großen Gruppen aufgeteilt: Weltmarktführer „Suez“ versorgt über seine Tochterfirma „ONDEO“ etwa 120 Mio. WasserkundInnen weltweit, der Branchenzweite „Veolia“ bringt es auf 100 Mio.¹¹ Beide erzielen in ihrer Wassersparte einen Jahresumsatz von etwa € 13 Mrd. Der Umsatzanteil der Wassersparte betrug bei „Suez“ 28%, bei „Veolia“ 45%. Mit dem Kauf der „American Water Works“ und der britischen „Thames Water“ um zusammen € 20 Mrd. ist „RWE“ in den letzten Jahren an die dritte Stelle des Unternehmensrankings vorgerückt. „RWE Aqua“ versorgt mittlerweile 70 Mio. KundInnen, sitzt aber auch auf einem Schuldenberg von etwa € 25 Mrd. und will vor allem durch Zukäufe auf dem amerikanischen Markt weiter wachsen. Derzeit beträgt der Umsatzanteil der Wassersparte bei RWE etwa 11% vom Gesamtumsatz. Weitere große private Versorger sind: „SAUR/Bouygues“ in Frankreich und die britischen Firmen „Northumbrian“, „North-West“, „Severn-Trent“ und „Welsh Water“.

⁹ Zeitschrift für Kommunale Wirtschaft, 24.7.2001

¹⁰ Zeitschrift für Kommunale Wirtschaft, 24.7.2001

¹¹ „Veolia“ unterhält Büros in allen EU-Staaten (außer Griechenland, Luxemburg), sowie in Ostmitteleuropa und bietet „Water Solutions“ an. Die Adresse von „Veolia Water Austria“ ist: Millennium Tower, Handelskai 94-96, A-1200 Wien (www.industries.veoliawater.com/contacts/europe/)

4. Länderberichte

4.1. Belgien

In Belgien gab seit Mitte des 19. Jahrhundert eine fortschreitende Konzentration bei den Institutionen, die mit der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung beauftragt sind. Ursprünglich waren es Gemeindedienste, die dann in „Interkommunalen Betrieben“ zusammengefasst wurden, und schlussendlich wurde 1913 eine nationale Gesellschaft geschaffen, die „*Société nationale des Distributions d'Eau*“. In den 70er Jahren wurde die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung den Regionen übertragen. Die Regionalregierungen haben ihrerseits wiederum die Verantwortung an die Gemeinden delegiert. Viele kleinere Gemeinden haben sich in Gemeindeverbänden zusammenschlossen.

Wasserversorgung

Es gibt heute unterschiedliche Strukturen in den drei Regionen Brüssel, Flandern und Wallonien, wobei generell alle Wasserversorgungs- und Verteilungsunternehmen in öffentlichem Besitz sind (Gemeinden, Provinzen oder Regionen). Hinsichtlich der Managementstruktur gibt es:

?? etwa 100 gemeindeeigene Dienste

?? etwa 30 Regiebetriebe (unter direkter Kontrolle der Gemeinde, aber mit eigenem Budget)

?? etwa 30 Gemeindeverbände (marktwirtschaftliche Unternehmen, die private Investoren zulassen, aber die Anteilsmehrheit muss in öffentlichem Besitz verbleiben)

In Flandern wurde 1983 der regionale Wasserversorger „VMW“ („*Vlaamse Maatschappij voor Watervoorziening*“) geschaffen, als Abspaltung von der nationalen „*Société nationale des Distributions d'Eau*“. Ab diesem Zeitpunkt war die „VMW“ für die Wasserversorgung von 2,38 Mio. KundInnen in Flandern verantwortlich. Insgesamt gibt es weit weniger Akteure als in Wallonien, 93% der Gesamtproduktion befindet sich in den Händen von 10 Unternehmen, 72% in den Händen der größten vier.

In Wallonien wurde 1986 die „SWDE“ („*Société Wallonne de Distribution d'Eau*“) gegründet. Sie vereint öffentliche Behörden, 196 Gemeinden, 10 interkommunale Betriebe, 5 Provinzen und die „SPGE“. Die „SWDE“ ist für den gesamten Wasserzyklus zuständig und versorgt 1,9 Mio. KundInnen mit 737.000 Anschlüssen (fast 60%) in der Region Wallonien. Die 1987 gegründete „*Entreprise Régionale de Production et d'Adduction d'Eau*“ ist für die Trinkwassergewinnung und die Hauptleitungen zuständig. Die Gemeinden sind über Gemeindeverbände bei der Wasserproduktion und Verteilung miteinbezogen. Wallonien hat ausreichend Wasser und „exportiert“ es auch nach Flandern und Brüssel. Daraus ein Geschäft zu machen, wurde der Region aber vom Verfassungsgerichtshof untersagt.

In der Region Brüssel sind zwei Gemeindeverbände, „CIBE“ („*Compagnie Intercommunale Bruxelloise des Eaux*“) und „IBDE“ („*Intercommunale Bruxelloise des Distributions d'Eau*“), die für die Wasserversorgung zuständig. Beide sind vollständig in Gemeindebesitz.

Es gibt kein nationales Tarifsysteem für die Wasserversorgung, sondern die Tarife werden von den Versorgungsberieben festgelegt und vom Wirtschaftsministerium bestätigt. Die Tarife setzen sich aus einer Festgebühr und einer Gebühr/m³ zusammen. Der Kostendeckungsgrad liegt bei geschätzten 70% landesweit und 30% für die Region Brüssel.

Wasserversorgung in Belgien

| | | |
|--|-----------|-----|
| Wasserproduktion aus Oberflächenwasser (in Mio. m ³) | 245 | 34% |
| Wasserproduktion aus Grundwasser (in Mio. m ³) | 484 | 66% |
| Gesamtproduktion (in Mio. m ³) | 729 | |
| Verrechneter Wasserverbrauch (in Mio. m ³) | 579 | |
| Wasserverbrauch der Haushalte (Liter pro Person und Tag) | 112 | |
| Wasserversorger/Wasser Services | 104 | |
| Angestellte in der Wasserversorgung | 7.049 | |
| Zahl der Anschlüsse | 3.914.000 | |
| Länge des Leitungsnetzes | 98.462 | |

Source: Belgaqua Water statistics, year 2001

Abwasserentsorgung

1974 gingen in Flandern die Kompetenzen in der Abwasserentsorgung auf die Region über. Die VWZ („*Vlaamse Waterzuiveringsmaatschappij*“) für das Einzugsgebiet um die Flüsse Meuse/Escaut, und die VZK („*Waterzuivering Maatschappij van het Kusbekker*“) für die Küstenregion, wurden als Gesellschaften zur Behandlung der Abwässer gegründet. Abwasserwerke in Gemeindebesitz wurden zugunsten dieser beiden Gesellschaften enteignet. Die Region hebt eine Gebühr auf industrielle Emissionen und eine Steuer bei den Haushalten ein, um die Trinkwasseraufbereitung zu finanzieren. Aufgrund der anhaltenden Probleme mit verschmutzten Flüssen und den Mahnungen seitens der EU, entschloss sich Flandern 1990 zu einer teilweisen Privatisierung der Entsorgungsaktivitäten. Zur Überwachung der Wasserqualität und zur Planung von Abwasseraufbereitungsanlagen wurde in Flandern die VMM („*Vlaams Milieumaatschappij*“) gegründet, die zu 100% in öffentlichem Besitz ist. Das Anlagenmanagement und die Abwasserreinigung selbst sind aber Aufgaben von „*NV Aquafin*“, einem privaten Unternehmen.

In Wallonien wurde ein anderer Weg bestritten. 1977 wurden die 8 Gemeindeverbände über Contracting mit der Aufgabe Abwasserentsorgung betraut. Trinkwasseraufbereitungsanlagen werden zu 100% staatlich subventioniert. Ende der 90er Jahre hat die Wallonische Regionalverwaltung die „*Société Publique de Gestion d'Eau*“ („*SPGE*“) eingerichtet, über deren Status, öffentlich oder privat, zwischen Regionalregierung und den Arbeitnehmerorganisationen und Gewerkschaften diskutiert wurde. Die Gewerkschaften befürchten Profitdenken und das Ende der Trinkwasserversorgung für alle zu sozialverträglichen Preisen.

In der Region Brüssel sind die meisten der 19 Gemeinden dem Gemeindeverband „*IBra*“ („*Intercommunale Bruxelloise d'Assainissement*“) beigetreten. Der Betreiber von „*IBra*“ ist „*CIBE*“ (einer der beiden Gemeindeverbände in der Wasserversorgung). Die Abwasserbeseitigung hat durch die Einführung von BOT-Projekten¹² für die großen Abwasserbehandlungsanlagen eine andere Struktur als in Wallonien und Flandern.

1995 waren 35% der Haushalte in Flandern, 21% in Wallonien und nur wenige in Brüssel an eine Kläranlage angeschlossen. 2001 hat die EU-Kommission den Europäischen Gerichtshof (EuGH) angerufen, weil Belgien nicht den Anforderungen der Richtlinie zur Reinigung von kommunalem Abwasser genügt. So verfügt die EU-Hauptstadt Brüssel noch immer nicht über eine ausreichende Klär-Infrastruktur; zwei Drittel des Abwassers der "EU-Hauptstadt" werden weiterhin nicht behan-

¹² **BOT-Projekte (BUILT, Operate, Transfer):** Infrastrukturprojekte, bei denen Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb aus einer Hand kommen

delt.¹³ Belgien wird außerdem vorgeworfen (wie Frankreich), nicht in ausreichendem Maße sogenannte empfindliche Gebiete (mit weitergehenden Reinigungsanforderungen) ausgewiesen zu haben.

Privatisierungstendenzen

Die politische Diskussion in Belgien über Privatisierungen in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zeigte eine klare Front. Die ArbeitnehmerInnenorganisationen waren, je nach politischer Ausrichtung, mehr oder weniger deutlich gegen Privatisierung. Auf der anderen Seite standen die ArbeitgeberInnenverbände und konservative Regionalregierungen.

Die Gewerkschaft „*Fédération Générale du Travail de Belgique*“/„*Algemeen Belgisch Vakverbond, FGTB/ABVV*“, die wichtigste Gewerkschaft in Wallonien, war der Ansicht, dass die Wasserversorgung vollständig unter öffentlichem Management bleiben sollte. Die Wasserpreise sollen auf dem derzeitigen Level bleiben, lediglich das Tarifsysteem soll dahingehend geändert werden, dass die Staffelung WenigverbraucherInnen begünstigt und nicht wie bisher GroßverbraucherInnen. *FGTB/ABVV* beschuldigte die Wallonische Regierung diesbezüglich, die Empfehlungen des sozialpartnerschaftlichen „*Conseil Economique et Social de la Région Wallonne, SESRW*“ zu ignorieren. *FGTB/ABVV* befürchtete außerdem, dass InvestorInnen über Beteiligungen eine Sperrminorität erlangen könnten und stellte fest, dass die SozialpartnerInnen bei der Kontrolle von *SPGE* über zu wenig Einflussmöglichkeiten verfügen.

Die zweite wichtige Gewerkschaft, „*Confédération des Syndicats Chrétiens*“/„*Algemeen Christelijk Vakverbond, CSC/ACV*“, verlangte lediglich eine Garantie, dass der öffentliche Bereich in der Wasserversorgung dominierend bleibt, vor allem auch in Hinblick auf die mögliche Beteiligung privater InvestorInnen oder der europäischen Multis „*Suez*“ und „*Veolia*“. „*Veolia*“ kontrolliert über ihre Tochterfirma „*Electrabel*“ bereits die Wasserverteilung in der Region Verviers. Auch *CSC/ACV* favorisierte eine Umdrehung bei der Preisstaffelung zugunsten von KleinverbraucherInnen, denn das würde einen schonenden Umgang mit der Ressource Wasser fördern.

Die Interessenvertretung der Wallonischen ArbeitgeberInnen, „*Union Wallonne des Entreprises, UWE*“ und die Vertretung der Klein- und Mittelbetriebe „*Union des Classes Moyennes, UCM*“ wollten wiederum, dass die Beteiligung privater nicht auf 25% beschränkt bleibt. Sie vertreten die Ansicht, dass eine stärkere Öffnung für privates Kapital, die notwendigen finanziellen Mittel für Investitionen bringen würde und auch einen Transfer an Know-how bei der Betriebsführung. Da der Wasserpreis ein ökonomischer Produktionsfaktor ist, sollte er möglichst den tatsächlichen Kosten entsprechen.

Bis in die 90er Jahre blieb die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung exklusiv in öffentlicher Hand. Die „*SPGE*“ wurde von der Wallonischen Regionalverwaltung letztlich teilprivatisiert. 26% weniger einer Aktie (Sperrminorität) wurden an private Investoren verkauft und 24% hält die „*Société des Opérateurs Wallons de l'Eau*“ („*SOWE*“). 50% plus eine Aktie verbleiben in öffentlichem Besitz über die „*Société régionale d'Investissement de Wallonie*“ („*SRIW*“) und die „*Société Wallonne des Eau*“ („*SWDE*“).

4.2. Dänemark

Die Zuständigkeiten für die Versorgung werden im Wasserversorgungsgesetz von 1978 und einer Reihe von Zusatzartikeln geregelt. Die Abwasserentsorgung wird im Umweltschutzgesetz 1991 geregelt. Zuständig für die Grundsätze der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ist in Dänemark das Umweltministerium zusammen mit den Verwaltungen der 14 Landkreise und den 275 Gemeinden und Landkreisverwaltungen. Die Landkreisverwaltungen haben die Aufgabe, die

¹³ Zeitung für Kommunale Wirtschaft, 24.7.2001

Grundwasserqualität zu überwachen, erstellen Genehmigungen für die Trinkwassergewinnung, untersuchen und sanieren verschmutzte Grundstücke und sind verantwortlich für den Grundwasserschutz. Die Gemeinden sind verantwortlich für die Versorgungs- und Verteilungsinfrastruktur und können Lizenzen vergeben. Die Wasser- und Abwassertarife müssen die operativen Kosten decken und müssen von den Lokalbehörden bestätigt werden. Finanzhilfe von Gemeinden oder Landkreisen sind nur für wesentliche Infrastrukturprojekte gestattet.

Wasserversorgung

Die Wasserversorgung basiert fast vollständig (99%) auf Grundwasserabstraktion und ist stark dezentralisiert. Im Jahr 2000 gab es 2.792 Versorgungsbetriebe mit über 10 Anschlüssen, davon 2.626 private und 166 in Gemeindebesitz (die 60% der Bevölkerung versorgen). Darüber hinaus existierten über 90.000 private Quellen und Kleinstversorger unter 10 Anschlüssen. 1997 wurde vom dänischen Trinkwasserausschuss eine Untersuchung durchgeführt, ob mit dieser Struktur der Grundwasserschutz gewährleistet werden kann. Das Ergebnis war, dass die bestehende dezentrale Struktur so weit wie möglich aufrechterhalten werden soll. Dennoch ist seit 1980 die Zahl der Versorgungsbetriebe um rund 30% zurückgegangen. Es besteht ein Trend zu Regiebetrieben, unabhängigen Versorgungsbetrieben, die sich aber zu 100% in Gemeindebesitz befinden.

Abwasserbeseitigung

Die Siedlungsstruktur in Dänemark ist derart, dass oft ein Anschluss der Grundstücke an eine zentrale Abwasserbeseitigung nicht möglich ist. Nur etwa drei Viertel der dänischen Grundstücke sind an Kläranlagen angeschlossen. Die Abwasserbeseitigung wird dabei nicht ausschließlich von Kommunen durchgeführt, sondern zu einem erheblichen Teil noch privat im Sinne von privater Selbstentsorgung durch die Grundeigentümer, zum Teil auch in nachbarschaftlichen Verbänden. Zum überwiegenden Teil sind jedoch die Kommunen zuständig. Die 275 Kommunen und 14 Landkreise stellen den Bau und den Betrieb der Anlagen sicher. Im Jahr 2000 gab es 1.103 kommunale Abwasserbetriebe (>30PE¹⁴) und 259 private Betreiber (>30PE), hauptsächlich große industrielle Abwasserbeseitigungsanlagen, die von den Industriebetrieben in Eigenregie betrieben werden.

Seit den 70er Jahren müssen die Kommunen Abwasserbeseitigungspläne erstellen und deren Durchführung über kommunale Steuern und Gebühren finanzieren (Selbstfinanzierung). Aufgrund des generell schleppenden Fortschritts im Gewässerschutz erzwang der Staat seit den achtziger Jahren nicht nur eine strengere Anwendung des Kostendeckungsprinzips für Betriebs- und Kapitalkosten, sondern auch eine Beschleunigung der Investitionen in die Abwasserbeseitigung. In den meisten Kommunen wird die Abwassergebühr auf Basis der verbrauchten Wassermenge erhoben. In etwa der Hälfte der Haushalte wird der Verbrauch jedoch nicht gemessen und muss jährlich geschätzt werden.

Seit den achtziger Jahren gibt es in der Abwasserbeseitigung Dänemarks keine direkten Subventionen mehr. Es werden jedoch gelegentlich zinsgünstige Darlehen für Ersatzinvestitionen im Bereich der Abwassersammlung vergeben, wobei Details über Umfang, Konditionen und wirtschaftliche Auswirkungen nicht bekannt sind. Gegenwärtig gibt es eine Diskussion bezüglich der Abwasserbeseitigung in dünn besiedelten Regionen. Es müssten nahezu die Hälfte der Häuser in ländlichen Gebieten neu angeschlossen werden, wobei vor allem die hohen Kosten zur Debatte stehen.

Privatisierungstendenzen

Derzeit bestehen in Dänemark keine Pläne, die Wasserversorgung oder die Abwasserbeseitigung zu privatisieren.¹⁵

¹⁴ PE = „Person equivalents“

¹⁵ Infrastructure Journal, Jan/Feb 2000

4.3. Deutschland

Zur Implementierung der Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie wurde das Wasserhaushaltsgesetz 2002 erlassen, wobei die Details den Bundesländern und deren Gesetzgebung überlassen bleiben. Auf Bundesebene ist seit 1.1.2003 eine Trinkwasserverordnung gültig, die einige über die EU-Trinkwasserrichtlinie hinausgehende Parameter enthält. Die Abwasserbeseitigung wird in der Abwasserverordnung 1997¹⁶ geregelt. Sie regelt Verträge zwischen Wasserversorgern und KundInnen samt Preisen sowie KonsumentInnenrechte und -pflichten. Im Gemeindegesetz sind Bestimmungen über die Kostendeckung und die territoriale Beschränkung von Versorgungsleistungen für kommunale Betriebe enthalten.

Wasserversorgung

Die Strukturen der Wasserversorgung entstanden historisch aus kleinräumigen Aktivitäten und sind noch heute überwiegend lokal angelegt. Heute besteht eine sehr kleinteilige Struktur mit ca. 6.500 Wasserversorgern (Kleinstversorger eingeschlossen). Die Wasserversorgung liegt im Verantwortungsbereich der Gemeinden und auch die Entscheidung über die Managementstruktur des Versorgungsbetriebes, Eigen- oder Regiebetrieb, Gemeindeverband oder privates Unternehmen.

Etwa 75% der Betriebe befinden sich in der Hand der Kommunen und Gemeinden (Regiebetriebe oder Eigenbetriebe). 25% werden als private Betriebe klassifiziert, darunter befinden sich aber auch die Stadtwerke-Aktiengesellschaften. Nur 1,6 % der Versorgungsbetriebe befinden sich gänzlich in privater Hand ohne öffentliche Beteiligung. Die Industriebetriebe und die Landwirtschaft sind zumeist Selbstversorger. Nur 5% des Industriewassers werden über die öffentlichen Netze bereitgestellt, es besteht aber ein Trend, die Wasserversorgung an die Gemeinden auszulagern.

Die Wasserpreise werden von den Ländern in Kommunalabgabengesetzen (KAG) geregelt. Kommunale Versorger können Gebühren einheben, die kostendeckend sein müssen. Private Unternehmen können keine Gebühren erheben, aber die verrechneten Wasserpreise haben sich an den Abgaben gemäß KAG zu orientieren. Generell setzen sich die Preise aus einer fixen Bereitstellungsgebühr und einer Verbrauchsgebühr/m³ zusammen. Aufgrund regional unterschiedlicher Gegebenheiten sind die Wasserpreise sehr uneinheitlich. Die Bandbreite reichte 2001 von 0,87 € in Ingolstadt bis 2,30 € in Heidelberg. Generell sind die Wasserpreise in Bayern am niedrigsten und in Thüringen am höchsten. Die besonders kleinteilige und mit Österreich vergleichbare Struktur der Wasserversorger in Bayern (allein 2.700 Unternehmen) wirkt sich also nicht negativ auf die Wasserpreise aus.

Wasserpreise 2001 in Deutschland

| Stadt | Versorger | Mengenpreis (brutto) | Bereitstellungspreis (brutto) |
|------------|---|----------------------|-------------------------------|
| Berlin | Berliner Wasserbetriebe (BWB) | 1,89 | - |
| Bremen | Stadtwerke Bremen AG | 1,80 | 29,57 |
| Dortmund | Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH | 1,36 | 157,55 |
| Dresden | Stadtwerke Dresden GmbH | 2,14 | 98,47 |
| Düsseldorf | Stadtwerke Düsseldorf AG | 1,56 | 76,59 |
| Essen | Stadtwerke Essen AG | 1,70 | 170,69 |

¹⁶ Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVB Wasser V) vom 20. Juni 1980 (Ausgabe 1998)

| | | | |
|----------------|---------------------------------------|------|--------|
| Frankfurt/M. | Mainova AG | 2,11 | - |
| Hamburg | Hamburger Wasserwerke GmbH | 1,46 | 52,52 |
| Hannover | Stadtwerke Hannover AG | 1,36 | 65,65 |
| Heidelberg | Stadtwerke Heidelberg AG | 2,30 | 32,82 |
| Ingolstadt | Stadtwerke Ingolstadt | 0,87 | 39,39 |
| Kaiserslautern | Technische Werke Kaiserslautern (TWK) | 1,42 | 18,41 |
| Köln | GEW Köln AG | 1,48 | 114,92 |
| Leipzig | Kommunale Wasserwerke Leipzig | 1,56 | 78,78 |
| München | Stadtwerke München | 1,23 | - |
| Stuttgart | Neckarwerke Stuttgart AG | 2,05 | 39,39 |

Quelle: www.get-wasser.de (2002)

Anm.: alle Tarife sind Bruttotarife (inkl. 7% MwSt.). Die Tarife setzen sich aus dem Mengenpreis in EUR/m³ und dem Bereitstellungspreis (oder Grundpreis) in EUR/Jahr zusammen.

Abwasserbeseitigung

Auch die Abwasserbeseitigung ist mit ca. 8.000 Entsorgern sehr kleinteilig strukturiert. Etwa 95 % des Abwassermarktes sind in kommunaler Hand, in mehreren Landeswassergesetzen (Baden-Württemberg, Sachsen) wurden allerdings Privatisierungen ermöglicht.

Etwa 93% der Bevölkerung sind an die Abwassersammlung und 94% an Abwasserbehandlung angeschlossen. Die Länge des öffentlichen Abwasserkanalnetzes in Deutschland beträgt ca. 357.000 km. Allein in den alten Bundesländern (319.000 km) sind rund 22 % schadhaft. Die Sanierungskosten in Deutschland werden auf rund 80 Mrd. € geschätzt. Auf die Kommunen kommt eine gewaltige Finanzierungslast zur Sanierung des Kanalnetzes zu. Die Abwassergebühren werden von den Gemeinden festgelegt. Sie müssen die Sammlungs- und Behandlungskosten abdecken und richten sich nach dem Frischwasserkonsum sowie nach der „Qualität“ des Abwassers. Dadurch werden Umweltschutzanreize gegeben. In Deutschland betragen die Abwasserkosten im Schnitt bereits rund 114 € pro Kopf und Jahr und liegen damit zusammen mit jenen Österreichs europaweit am höchsten. Allerdings sind auch die technischen Standards bei der Abwasserbehandlung am höchsten.

Privatisierungserfahrungen und -tendenzen

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und weil es sich bei der Wasserversorgung um eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge handelt, sind private und kommunale Wasserversorger bislang durch einen Gebietsschutz vor Dumping-Konkurrenz geschützt („geschlossene Versorgungsgebiete“). Ihnen wurde im Gesetz über die Wettbewerbsbeschränkung (GWB) ein Gebietsschutz bzw. ein Gebietsmonopol zugestanden. Bei den gesetzlichen Änderungen, die sich durch die Liberalisierung des Strom- und Telekommunikationsmarktes ergaben, wurde die Wasserversorgung in eine Sonderregelung überführt. Es gibt in Deutschland Liberalisierungsüberlegungen, diesen Gebietsschutz für private Wasserversorger durch Streichung der entsprechenden Paragraphen aufzuheben. Dies käme einer Liberalisierung des Wassermarktes gleich, es gibt allerdings keine Bundeskompetenz bei der Wahl der Organisationsform, das ist Sache der Länder. In Zukunft könnten sich die Eigentumsanteile also deutlich zuungunsten der kommunalen Versorger und Entsorger verschieben. Ebenso wie *Eon* drängen auch andere Ex-Strommonopolisten in die Wasserwirtschaft. *RWE* übernahm die „*American Water Works*“ und die britische „*Thames Water*“.

Die *Berliner Wasserbetriebe (BWB)*, der größte deutsche Wasserversorger, sind nur noch zu 50,1 % im Besitz des Landes Berlin, während 49,9 % von einem privaten Konsortium gehalten wird, bestehend aus „*RWE*“ und „*Veolia*“. Die neuen Mitbetreiber der Berliner Wasserversorgung hatten vertraglich zugesichert, in den nächsten zehn Jahren 2,5 Mrd. € in den Unterhalt der Wasserversorgung zu investieren. "Faktisch kommt es aber zu einer Investitionskürzung", sagt Stephan Natz, Pressesprecher der Berliner Wasserwerke. Um das versprochene Investitionsniveau einzuhalten, rechnet man in Berlin bereits damit, dass die Wasserpreise ab 2004 steigen werden, denn nur bis dann sind sie vertraglich eingefroren.

In Potsdam bestand seit Dezember 1997 mit „*Eurawasser*“ (ein Gemeinschaftsunternehmen von *Suez Lyonnaise des Eaux* und *Thyssen-Krupp*) ein Betriebsführungsvertrag für die Wasseraufbereitung und Abwasserentsorgung mit 49%igem Anteilsbesitz an den Wasserwerken. Im Juni 2000 endete diese Teilprivatisierung abrupt. Nach Auskunft der Stadt war die beabsichtigte Gebührenerhöhung nicht zumutbar.

Im Ruhrgebiet versorgt die zu „*Eon*“ gehörende „*Gelsenwasser AG*“ 42 Kommunen mit insgesamt 3 Mio. EinwohnerInnen.

In Rostock ist die „*Eurawasser*“ per Betreibermodell an der Abwasserentsorgung und Wasserversorgung beteiligt.

4.4. Finnland

Seit 1961 sind Wasserversorgung und Wasserschutz gesetzlich geregelt. Den Gemeinden und lokalen Behörden obliegt sowohl die Wasserversorgung als auch die Abwasserbeseitigung innerhalb ihres Gemeindegebiets. Schon vor Finnlands EU-Beitritt 1995 wurden die Gesetze für die Wasserversorgung an die bestehenden EU-Richtlinien angepasst und die Anforderungen im Bereich der städtischen Abwasserbeseitigung übernommen, wobei teilweise strengere Vorschriften implementiert wurden (Schutzverstärkungsklausel). Der Gewässerschutz wurde im Umweltschutzgesetz und in der Umweltschutzverordnung im Jahr 2000 geregelt. Das Wasserdienstegesetz 2001 regelt schließlich die Verfügbarkeit und Minimalstandards der Wasserversorgung für die städtische und ländliche Bevölkerung.

Wasserversorgung

Knapp 90% der finnischen Haushalte sind an das öffentliche Wassernetz angeschlossen. Der Rest bezieht das Wasser überwiegend aus privaten Quellen. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten sind diese Anteile gering, Grund dafür sind die großen Distanzen in den dünn besiedelten Gebieten Finnlands. Es gibt beinahe 450 Gemeinden, die jeweils eigene Behörden für die technischen Dienste haben. Der Gemeinderat legt den Tätigkeitsbereich der Ver- und Entsorgungsbetriebe fest, zumeist sind sie auch in den technischen Bereich der Gemeindeverwaltungen eingliedert. Es gibt über 700 Wasserversorgungsbetriebe in Finnland mit mehr als 200 KundInnen, in fast allen ist die Gemeinde Besitzer und Betreiber. 99% der Bevölkerung haben einen gemeindeeigenen Versorger. In manchen Gemeinden gibt es auch Kapitalgesellschaften, die entweder im Besitz der Gemeinde oder der VerbraucherInnen sind, im ländlichen Raum gibt es einige Genossenschaften.

Die Wasserqualität im öffentlichen Netz (über 83.000 km Länge) ist insgesamt sehr gut, 60% kommen aus dem Grundwasser, Oberflächenwasser wird vor allem für größere Städte und für den Großraum Helsinki abstrahiert. 70% des Leitungssystems sind unter 20 Jahre alt. Die Wasserqualität aus privaten Quellen ist von unterschiedlicher Qualität. Der Trinkwasserverbrauch ist in Finnland bis 1972 kontinuierlich gestiegen. Im Zuge der Erdölkrise und einem ökologischen Umdenken wurde der Wasserpreis über eine Abwasserabgabe nahezu verdoppelt. Seitdem ist der Verbrauch von 340 Liter/Kopf/Tag auf 250 Liter/Kopf/Tag (1997) deutlich zurückgegangen. Seit 1994 wird auf Wasser die Umsatzsteuer in der Höhe von 22% eingehoben.

Die Wassergebühren teilen sich in eine Verbrauchsgebühr, eine Leitungsgebühr und eine feste Gebühr je nach (Land)Besitz. Die kommunalen Betriebe dürfen über die Budgets finanziert werden, aber die Finanzierung muss transparent und die Kontoführung muss separat vom sonstigen Gemeindebudget verlaufen.

Abwasserbeseitigung

Abwasserbehandlung begann in den größeren Städten bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, knapp 80% der Haushalte sind heute an das öffentliche Abwassernetz angeschlossen. Es gibt über 500 Abwasserentsorger, der kommunale Anteil liegt deutlich über 90%. Lediglich manche Industriebetriebe und Spitäler betreiben eine eigene Abwasserreinigung. Ein Großteil der heute bestehenden Anlagen wurde in den 70er Jahren errichtet, und bis 2005 sollen alle Anlagen von mechanischer auf biologisch-chemische Reinigung umgestellt werden (1996 waren bereits 90% umgestellt).

Privatisierungstendenzen

Finnland hat derzeit keine Privatisierungspläne bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Unternehmen verbleiben größtenteils in Gemeindebesitz.¹⁷

4.5. Frankreich

Die Wassergesetze von 1964 und 1992 bilden den gesetzlichen Rahmen für die Wasserdienste und die Implementation der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Das Management der öffentlichen Wasserversorgung wird im „Code général des collectivités territoriales“ geregelt und fällt dort unter die Rubrik administrative Verträge, eine Besonderheit des französischen Verwaltungsrechts. Die Verantwortlichkeiten für Wasserdienste liegen weitgehend auf Gemeindeebene (36.500 Gemeinden). Nachbargemeinden schließen sich oft unter unterschiedlichen administrativen und gesetzlichen Rahmenbedingungen zu Verbänden zusammen.

Wasserversorgung

In Frankreich ist die Trinkwasserversorgung über Konzessionsvergaben weitestgehend privatisiert (75% nach Kundenzahl), die betreffenden Verträge reichen bis in das 19. Jahrhundert zurück. 1853 wurde die „Compagnie Générale des Eaux“ gegründet, 1888 folgte die „Société Lyonnaise des Eaux“. Diese Firmen haben sich im Laufe der Zeit in die unterschiedlichsten Bereiche diversifiziert. Von 1983 bis 1993 wurde der Privatanteil an der Wasserversorgung von rund 60 auf 75% der Bevölkerung erhöht, u.a. Paris 1985 und Lyon 1986. Die verbleibenden 25% der VerbraucherInnen werden von Regiebetrieben versorgt, hauptsächlich in kleinen Kommunen.

Nach mehreren Korruptionsskandalen und Fällen von illegaler Parteienfinanzierung trat am 1.4.1993 das „Gesetz zur Verbeugung von Korruption und zur Transparenz des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Prozeduren“ (sog. „Gesetz Sapin“) in Kraft. Für die Gemeinden bedeutete es, dass sie die Wasserversorgung in einem Tender-Verfahren ausschreiben müssen. In Frankreich, wo rund 15.500 Wasserversorgungsstationen und mehr als 2.000 Zweckverbände existieren, werden dennoch rund 80% der Umsätze im Bereich Wasser von nur 3 Unternehmen als Betriebsführer abgewickelt. „Veolia“ (*Compagnie Générale des Eaux*) hat etwa 4.000 Betreiberverträge und 25 Mio. KundInnen, „Suez“ (*Lyonnaise des Eaux*) hat etwa 3.000 Betreiberverträge und 14 Mio. KundInnen und „Saur“ hat etwa 6.000 Betreiberverträge und 6 Mio. KundInnen. Alle drei Unternehmen sind auch international tätig und an Wasserunternehmen vor allem in Großbritannien und Italien beteiligt.

¹⁷ Infrastructure Journal, Jan/Feb 2000

Durch den sogenannten Konzessionswettbewerb auf Basis des „Gesetz Sapin“ wurde diese nahezu Monopolsituation der privaten Konzerne in Frankreich noch begünstigt; von einer Liberalisierung kann nicht wirklich gesprochen werden.

Ein Preisvergleich zwischen öffentlichen und privaten Versorgern in Frankreich zeigt ganz eindeutig, dass Privatisierung nicht mit Preisvorteilen für die KonsumentInnen einher ging. In den letzten Jahren waren in Frankreich öffentliche Versorgungsunternehmen im Durchschnitt um 10 bis 15% günstiger als private oder halböffentliche.

Wasserpreise in Frankreich bei öffentlichen Versorgern, bei Versorgern in Privatbesitz und bei Joint Ventures (public private partnership) in Euro, 1994-1999¹⁸

| Managementtyp | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 |
|------------------------------------|------|------|------|------|------|------|
| Kommunal (Municipal/Régies) | 227 | 247 | 262 | 275 | 285 | 281 |
| PPP | 264 | 276 | 299 | 307 | 316 | 320 |
| Privat (Delegated/Private) | 272 | 291 | 304 | 312 | 320 | 320 |
| Durchschnitt (alle Typen) | 254 | 271 | 288 | 298 | 306 | 307 |

Quelle: DGCCRF (Durchschnittspreise für Musterhaushalte mit einem jährlichen Verbrauch von 120 m³ in FF, water supply and sanitation)

Wasserpreise in Frankreich bei öffentlichen Versorgern, bei Versorgern in Privatbesitz und bei Joint Ventures (public private partnership) in % vom Durchschnitt, 1994-1999

| Management type | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 |
|---|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Public (Municipal/Régies) | 88,16 | 90,11 | 89,84 | 91,34 | 91,71 | 89,85 |
| PPP (Public-Private Joint Venture) | 102,66 | 100,72 | 102,77 | 102,03 | 103,03 | 102,54 |
| Private (Delegated/Private) | 105,62 | 106,06 | 104,35 | 103,85 | 104,22 | 102,49 |

Quelle: DGCCRF (Angaben in % - 100% ist der Durchschnitt)

Auch hinsichtlich der Wasserqualität zeigt die weitgehend privatisierte französische Wasserversorgung Nachteile für die KonsumentInnen. Nach Ermittlungen der EU-Kommission wird in französischen Großstädten – namentlich genannt sind u.a. Paris, Orleans, Toulouse, Nantes und Lille – Trinkwasser mit "übermäßig hohen Bleianteilen" verteilt. Von insgesamt 137 überprüften französischen Städten lag der Bleigehalt bei einem knappen Fünftel der Proben über den zulässigen Grenzwerten. Frankreich bekommt deshalb von der EU-Kommission wegen der Verstöße gegen die Trinkwasser-Richtlinie eine sogenannte "mit Gründen versehene Stellungnahme", de facto eine der Anrufung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vorausgehende zweite Abmahnung.¹⁹

Privatisierungserfahrungen

In Grenoble wurde 1989 eine Tochterfirma von „Suez“ mit der Wasser- und Abwasserversorgung Grenobles auf 25 Jahre beauftragt. Es kam zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten und Betrügereien mit Subunternehmen. An die Mutterfirma wurden verschiedene Dienstleistungen wie Verrechnung, Kundendienst, Wartungsarbeiten, Informationstechnologie und Management über Subkontrakte und zu weit überteuerten Preisen ausgelagert. Die Verluste der beauftragten Tochterfirma wurden

¹⁸ DGCCRF (Direction générale de la consommation, de la concurrence et de la répression des fraudes); published in "la Réforme de la politique de l'eau" Conseil Economique et Social ; Journal officiel de la République Française 2000 No. 14, November 2000.

¹⁹ Zeitung für Kommunale Wirtschaft, 24.7.2001

gemäß Vertrag von der Gemeinde ausgeglichen. Im März 2000 wurde der Vertrag mit Grenoble gekündigt und die Wasserversorgung und Abwasserversorgung von Grenoble rekommunalisiert.²⁰

Nach einem Audit wurde in einer nicht veröffentlichten Untersuchung über die privatisierte Wasserversorgung von Paris unter anderem festgestellt, „(exzessiv) überhöhte Wasserpreise und die administrativen, gesetzlichen und finanziellen Vereinbarungen sind durch einen Mangel an Transparenz gekennzeichnet“. Die Methodik der illegalen Gewinne wurde vermutlich in Paris ebenso angewendet wie in Tallinn und Valencia wie jüngere Berichte zeigen. In Paris, wo die Wasserversorgung durch „Suez“ erfolgt, sind die Wasserpreise zwischen 1984 und 1997 um 219 % (!) von FF 4,64 auf FF 14,80 gestiegen. Nach Ansicht der damals sozialdemokratischen Opposition waren diese extremen Teuerungen nur durch politische Verwicklungen möglich: der ehemalige Präsident von Gesellschaft war früher auch Generalsekretär der Gaullistenpartei RPR. Die sozialistische Partei forderte damals eine Rückkehr zur kommunalen Wasserversorgung, wie es Grenoble vorgezeigt hat.

Erfreulich ist, dass Jacques Michel, ein ehemaliger und Mitarbeiter der *Suez*, seit seiner Pensionierung 1990 eine Beratungsstelle für kommunale Wasserrechnungen betreibt. Bürgermeister oder Verbraucherverbände kommen zu ihm, wenn sie sich von den großen Versorgungsbetrieben über den Tisch gezogen fühlen.²¹

In Avoriaz musste die *Suez* ihre Tarife um 37 Prozent senken, nachdem Michel den Vertrag unter die Lupe genommen hatte.²²

Der Gemeindeverbund der Côte Vermeille schrieb die Wasserversorgung sogar neu aus. Der bisherige Betreiber, die marktführende „*Veolia*“, bewarb sich auch wieder. Ihr neues Angebot lag nun bemerkenswert nahe an dem Preis, den Michel als angemessen berechnet hatte - um 39 Prozent niedriger als zuvor.²³

Abwasserentsorgung

Die Berechnung der Gebühren für die Abwasserentsorgung erfolgt in Frankreich nach dem Frischwasseranfall. Ein Kubikmeter Wasser und Abwasser kostet im Landesdurchschnitt etwa 2,50 Euro, wobei etwa 50% für die Trinkwasseraufbereitung, 30% für die Abwasserbehandlung und 20% für die verschiedensten Steuern entfallen. Ein Kubikmeter Abwasser kostet demnach im Durchschnitt mit Steuern etwa 1,- Euro. Hierbei gibt es jedoch sehr starke Differenzen innerhalb der Regionen, in der teuersten Region Bretagne ist der Kubikmeter Wasser/Abwasser über fünf Mal so teuer wie in der Auvergne (billigste Region). Orte, die ihre Wasseraufbereitung und Abwasserentsorgung an private Firmen vergeben, zahlen im Schnitt über 12% mehr für Ihre Wasserrechnung als Orte, die sich selbst um ihr Wasser und Abwasser kümmern.

4.6. Griechenland

Bis 1987 waren Besitz und Verwertung der Wasserressourcen keiner gesetzlichen Regelung unterworfen. Die Ministerien für Industrie, Landwirtschaft und öffentliche Verwaltung hatten lediglich Verordnungen über den Prozess der Wasserentnahme entwickelt. Erst mit dem griechischen Wasserwirtschaftsgesetz von 1987 wurde Wasser zum Eigentum des Staates. Das Land wurde in 14 Flusseinzugsgebiete aufgeteilt, das „Ministerium für Umwelt, Planung und staatliche Bauvorhaben“

²⁰ Chambre régionale des Comptes Rhône-Alpes, Observations définitives sur la gestion du service d'assainissement de l'agglomération Grenobloise, 18.12.1997, S.10-11.

²¹ „Die Zeit“, 28.1.1999

²² ebd.

²³ ebd.

ist für das Management der Wasserressourcen verantwortlich und agiert über Qualitätskontrollenheiten („KEME“), die Teile der lokalen Präfekturen sind. Das Innenministerium ist für die Trinkwasserqualität verantwortlich.

Wasserversorgung

Wasserversorgung wird als öffentlicher Dienst angesehen. In den rund 70 Städten über 10.000 EinwohnerInnen sind privatwirtschaftlich geführte Gesellschaften im Gemeindebesitz („DEYA“) für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung verantwortlich. Nur 5% der Bevölkerung werden direkt von den Gemeinden versorgt. 1996 wurden die Athener Wasserbetriebe „EYDAP“ in ein privatwirtschaftliches Unternehmen in staatlichem Besitz umgewandelt. Eine Reihe von Maßnahmen wurden gesetzt, um die öffentliche Einflussnahme zurückzunehmen. Diese Entwicklung gipfelte in einer Teilung und Teilprivatisierung des Unternehmens im Jahr 1999. 28% der Anteile wurden über die Börse verkauft. Der Staat behielt über „EYDAP Assets“ zu 100% die Kontrolle über den Betrieb der Trinkwasserreservoirs und der Wasserleitungen, während „EYDAP S.A.“ für den Betrieb der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung/Abwasseraufbereitung zuständig ist. In der zweitgrößten Stadt Griechenlands, Thessaloniki, wurden 25,5% der Anteile des dortigen Wasserversorgers „OYTH“ über die Börse verkauft, sowie mit einigen Abwasserbeseitigungsunternehmen fusioniert.

Die Wasserpreise werden durch das Finanzministerium reguliert. Für Athen werden die Preise nach Rücksprache mit EYDAP festgelegt, im Rest des Landes obliegt die Gestaltung der Wasserpreise den Gemeinden, die von den zuständigen Präfekturen überprüft werden. Die Preise sollten die laufenden Kosten decken sowie die notwendigen Investitionen sichern, aber gleichzeitig auf sozialverträglichem Niveau bleiben. Andererseits verrechnet „EYSAP S.A.“ den Gemeinden nicht kostendeckende Preise, nur ein Viertel der tatsächlichen Entstehungskosten werden gedeckt.²⁴ Dadurch wurde Wasser zu einer wichtigen Einnahmequelle für die armen Gemeinden. Unter Tolerierung des Staates blieben manche Gemeinden ihre Rechnungen bei „EYDAP S.A.“ schuldig. Darüber hinaus wurde des öfteren ad hoc entschieden, einzelne VerbraucherInnengruppen oder Industrien über reduzierte Tarife zu subventionieren. Das führte zu der absurden Situation, dass die Athener Bevölkerung während der Dürreperioden 1989 bis 1993 gewaltige Preiserhöhungen hinnehmen musste, um den Verbrauch einzuschränken, während Landwirte im Gebiet des nahen Marathon von ihren Gemeinden das Wasser zum Bewässern ihrer Felder gratis bekamen.

Im Vergleich zu anderen EU-Staaten ist die Wasserqualität von „EYDAP“ relativ gut. Derzeit werden neue Wasserreservoirs errichtet und das Leitungsnetz erneuert, wobei 85% der Mittel aus den EU-Strukturfonds bereitgestellt werden. „EYDAP“ plant für die Periode 2000 bis 2008 ein Investitionsprogramm zur Erneuerung des Leitungsnetzes in der Höhe von 139 Mio. €, wobei üblicherweise diese Investitionen vom griechischen Staat vorgeschossen und letztlich gestundet werden. Bei allen größeren Investitionen in der Vergangenheit (Dämme, Trinkwassergewinnung, Hauptleitungen) war der tatsächliche Beitrag von „EYDAP“ eher marginal.

Abwasserentsorgung

Nur rund 40% der griechischen Bevölkerung²⁵ sind an Abwassersammelsysteme angeschlossen. Von den sechs größten Städten haben Thessaloniki und Volos nur primäre Abwasserbehandlung, Larissa und Athen (in Fertigstellung) haben sekundäre, in Iraklion und Patras ist eine sekundäre Abwasserbehandlung in Bau.

²⁴ Vortrag von Klas Ringskog am 5.6.2000 in Riyadh, Saudi Arabien

²⁵ WHO (1989): 40%, „Sobemap“ (1990): >42%

Privatisierungstendenzen

„EYDAP“ kann vorläufig nur bis zu 49% privatisiert werden kann, eine weitergehende Privatisierung wird aber diskutiert. An EYDAP S.A. wurde eine Konzession auf 20 Jahre erteilt, die Auflagen orientieren sich dabei am britischen Privatisierungsmodell. Dem Unternehmen steht die Möglichkeit offen, sich an anderen kommunalen Wasserversorgern zu beteiligen oder sie zu übernehmen, u.a. alle Gemeinden auf Attica, sowie die Wasserversorger der Städte Thiva, Korinth und Chalkida. Innerhalb der nächsten Jahre will EYDAP S.A. die meisten der gemeindeeigenen Gesellschaften in den Städten über 10.000 EinwohnerInnen übernehmen. Auch über eine Trinkwasserversorgung der Kykladeninseln und sogar Zyperns mit Schiffen wird nachgedacht, es gibt auch erste Studien über Möglichkeiten zukünftiger Aktivitäten in den Balkan-Ländern. EYDAP S.A. wurde auch die Möglichkeit der Diversifikation eingeräumt, solange bei den jeweiligen Aktivitäten die Erträge den Aufwand übertreffen. In den griechischen Medien wird EYDAP S.A. als potentieller Betreiber des U-Bahn Netzes in Athen gehandelt, sowie als Glasfasernetzbetreiber.

4.7. Großbritannien

Die Wasserindustrie ist vollständig privatisiert. Die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wird im Wassergesetz 1989 und im „*Water Industry Act 1991*“ geregelt. Die Trinkwasserqualität wird vom „*Drinking Water Inspectorate*“ reguliert und ist in den „*Water Supply Regulations 2000*“ (England) und in den „*Water Quality Regulations 1989*“ (Wales) geregelt.

Wasserversorgung

Privatisierungsprozess

Seit dem späten 19. Jahrhundert teilten sich in England und Wales die Versorger im Besitz von Gemeinden oder Gemeindeverbänden sowie wenige private Versorger den Wasser- und Abwassermarkt. Die Profite der Privaten waren auf maximal 5 % des Umsatzes begrenzt.

1974 wurde die Wasser- und Abwasserversorgung reorganisiert. Der Staat übernahm die Verantwortung und gründete 10 regionale Versorger, die jeweils für ein Wassereinzugsgebiet verantwortlich waren, für die Wasserqualität und das Funktionieren der Wasser- und Abwasserversorgung.

Entsprechend dem neoliberalen Privatisierungsprogramm der Regierung Thatcher wurde in den 80er Jahren geplant, die Wasser- und Abwasserversorgung vollständig zu privatisieren. Zwischen 1985 bis 1989 wurde als erster Schritt ein Sparprogramm implementiert. Die Regierung Thatcher kürzte dabei die Zuschüsse an die Wasserversorger drastisch und verlangte entsprechende Kostensenkungen. Es wurde ein neues Management eingesetzt, in den Vorständen der Versorger wurden die lokalen Beauftragten des jeweiligen Stadtrates durch Geschäftsleute ersetzt. Die Betriebe wurden „verschlankt“, d.h. Arbeitsplätze abgebaut, unprofitable Abteilungen wurden ausgegliedert, etwa die Hälfte der Arbeitsplätze – fast 40.000 - gingen in diesen 4 Jahren verloren. Durch den rigorosen Sparkurs wurden die notwendigen Investitionen unmöglich gemacht und das Vertrauen der KundInnen in diese Betriebe sank erstmals.

1989 wurden die 10 regionalen Wasserversorger verkauft. Der Kaufpreis betrug etwa 8 Mrd. €, bisher in die Betriebe getätigte staatliche Investitionen in der gleichen Höhe wurden als Verluste abgeschrieben. Darüber hinaus wurden 2,6 Mrd. € Subventionen gewährt sowie unprofitable Aktivitäten, wie die Umweltschutzkontrolle, ausgelagert. Darüber hinaus wurden die Unternehmen von Gewinnsteuern befreit. Von den 10 Versorgern gab es nur bei „*Severn Trent*“, „*Anglian*“, „*United Utilities*“, „*Yorkshire*“ und „*South West*“ keine ausländischen Übernahmen.

- *Southern Water* wurde von *Scottish Power* übernommen, später an *First Aqua* verkauft, einem Konsortium, an dem die französische *Veolia* beteiligt ist.
- *Hyder* entstand aus einem Merger von *Dwr Cymru (Welsh Water)* und *South Wales Electric*, wurde dann an den US-amerikanischen Stromversorger *WDP* verkauft, die wiederum *Dwr Cymru* an *Glas Cymru* weiterverkauft hat.
- *Northumbrian* und *Essex* und *Suffolk* wurden von der französischen *Suez*-Tochter *Ondeo* übernommen.
- *Wessex* wurde von *Enron* übernommen und in Folge an *YTL Power International* verkauft, einen malaysischen Versorger.
- *North Surrey* wurde von *Three Valleys* geschluckt. *Three Valleys* selbst, *Folkstone*, *Dover* und *Tendring Hundred* sind im Besitz der französischen *Veolia*.
- *South East* entstand aus einem Merger mehrerer kleiner Versorger und ist im Besitz der französischen *Saur*.
- *Thames Water* wurde von der deutschen *RWE* aufgekauft.
- Nur *United Utilities* entstand aus einem Merger von *North West Water* und dem Stromversorger *NORWEB*.

In Schottland werden alle Versorgungs- und Entsorgungsleistungen von der neu geformten „*Scottish Water*“ bereitgestellt. Es gibt eine Reihe von „PFI-Verträgen“ (Private Finance Initiative) zur Finanzierung der großen Investitionsprogramme in den Städten. In Glasgow hat „*SMW*“ (ein Konsortium von „*Scottish Power*“, „*Miller Construction*“ und dem deutschen Ingenieurbüro *WABAG*) einen Vertrag zur Errichtung zweier Kläranlagen. In der Nähe von Edinburgh hat „*Stirling Water*“ (ein Konsortium von „*Thames Water*“, „*M.J. Gleeson*“ und „*Montgomery Water*“) einen Vertrag zum Ausbau und Upgrade von Abwasseranlagen. Die Wassertarife werden traditionell stark gestützt, die Gebühren werden von den lokalen Behörden eingenommen und basieren fast vollständig auf einer nicht verbrauchsabhängigen Basis. Gewerbe und Industrie werden direkt vom Versorger nach Verbrauch abgerechnet.

In Nordirland ist „*NI Water Service*“ für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zuständig. „*Water Service*“ ist ein ausführendes Organ des Ministeriums für Regionalentwicklung. Die Tarifgestaltung erfolgt gleich wie in Schottland.

Auswirkungen auf die Beschäftigung

Bis 1999 wurde der Personalstand in den Betrieben um weitere rund 10.000 Beschäftigte gekürzt, womit seit Beginn des Privatisierungsprozesses etwa 60 % oder knapp 50.000 Arbeitsplätze verloren gingen. 1999 waren noch 31.363 Menschen bei den 10 Wasserversorgern beschäftigt.

Auswirkungen auf die Wasserpreise

Zunächst blieb den Unternehmen die Preisgestaltung selbst überlassen, später wurde eine neue Behörde geschaffen, *OFWAT (Office of Water Services)*, die darüber wachen sollte, dass Qualität und Quantität der Wasserversorgung sichergestellt bleibt.

Tatsächlich sind die Wasserpreise von 1988 bis 1998 um durchschnittlich 36 %, die Abwasserpreise um 42 % gestiegen²⁶. Da den Unternehmen für 25 Jahre Gebietsmonopole eingeräumt wurden, ist nicht mehr Wettbewerb eingetreten. Die Gewinne der Unternehmen vor Steuern stiegen von

²⁶ Colin Green, The lessons from the privatisation of the wastewater and water industry in England and Wales. Vortrag, präsentiert bei einer Konferenz über Wasserprivatisierung in Berlin, Dezember 2000.

1990/91 bis 1997/98 sogar um durchschnittlich 147 %. 1994 waren 2 Millionen Menschen mit ihrer Wasserrechnung in Zahlungsverzug, allein in diesem Jahr wurde 18.636 Haushalten das Wasser abgestellt, drei mal so vielen Haushalten wie 1989²⁷. In diesem Jahr stellte sogar die „Daily Mail“, eine traditionell konservative Zeitung, fest, es handle sich „um den größten lizenzierten Raubzug in der Geschichte Englands“.²⁸

Jahres Wasser- und Abwasserrechnungen aller Haushalte, Durchschnitt in Pfund (Kurs 1998/99)

| | | 1989/ 90 | 1990/ 91 | 1991/ 92 | 1992/ 93 | 1993/ 94 | 1994/ 95 | 1995/ 96 | 1996/ 97 | 1997/ 98 | 1998/ 99 | Steigerung 1989/90 bis 1998/99 |
|----------------------------|-------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|--------------------------------------|
| Anglian | Cash | 157 | 178 | 205 | 226 | 244 | 259 | 272 | 279 | 282 | 288 | 84% |
| | Real terms | 217 | 224 | 247 | 264 | 280 | 289 | 294 | 294 | 288 | 288 | 33% |
| DwrCymru | Cash | 149 | 169 | 197 | 218 | 237 | 255 | 263 | 272 | 281 | 294 | 98% |
| | Real terms | 206 | 214 | 237 | 255 | 272 | 285 | 284 | 287 | 287 | 294 | 43% |
| North West | Cash | 111 | 125 | 143 | 156 | 170 | 182 | 194 | 208 | 221 | 234 | 111% |
| | Real terms | 153 | 157 | 172 | 182 | 195 | 204 | 210 | 219 | 226 | 234 | 53% |
| Northumbrian | Cash | 108 | 123 | 148 | 160 | 177 | 188 | 197 | 207 | 216 | 229 | 112% |
| | Real terms | 149 | 155 | 178 | 186 | 203 | 210 | 213 | 218 | 221 | 229 | 53% |
| Severn Trent | Cash | 107 | 122 | 139 | 153 | 166 | 181 | 189 | 200 | 208 | 222 | 108% |
| | Real terms | 148 | 153 | 168 | 178 | 190 | 203 | 205 | 211 | 213 | 222 | 50% |
| South West | Cash | 147 | 165 | 194 | 231 | 268 | 304 | 318 | 329 | 339 | 354 | 142% |
| | Real terms | 203 | 208 | 234 | 270 | 308 | 340 | 344 | 347 | 347 | 354 | 75% |
| Southern | Cash | 124 | 138 | 161 | 173 | 183 | 197 | 214 | 229 | 244 | 257 | 107% |
| | Real terms | 172 | 174 | 194 | 202 | 210 | 220 | 231 | 241 | 249 | 257 | 49% |
| Thames | Cash | 101 | 114 | 130 | 141 | 153 | 163 | 174 | 182 | 190 | 201 | 99% |
| | Real terms | 140 | 144 | 156 | 164 | 176 | 182 | 188 | 192 | 194 | 201 | 44% |
| Wessex | Cash | 139 | 155 | 178 | 193 | 210 | 223 | 234 | 243 | 252 | 265 | 91% |
| | Real terms | 190 | 196 | 215 | 225 | 241 | 249 | 253 | 257 | 258 | 265 | 38% |
| Yorkshire | Cash | 123 | 136 | 155 | 166 | 179 | 192 | 204 | 213 | 216 | 226 | 84% |
| | Real terms | 170 | 172 | 187 | 194 | 206 | 215 | 221 | 225 | 221 | 226 | 33% |
| England & Wales | Cash | 120 | 135 | 156 | 171 | 186 | 199 | 210 | 221 | 229 | 242 | 102% |
| | Real terms | 166 | 170 | 188 | 199 | 213 | 223 | 228 | 233 | 234 | 242 | 46% |

Quelle: OFWAT Memorandum 18.3.1998, in: House of Commons Research Paper 98/117, Dezember 1998.

Die Preissteigerungen sind in den vergangenen Jahren höher ausgefallen als früher, denn nun müssen auch die Dividenden an die neuen EigentümerInnen der Unternehmen bezahlt werden.

„Eine der tragischsten Entwicklungen ist, dass armen Familien das Wasser abgestellt wurde, weil sie die Rechnungen nicht bezahlen konnten, die dramatisch gestiegen sind. In meiner Gemeinde (Penn, Wolverhampton in der Nähe von Birmingham) haben wir Menschen gesehen, die ihre Scheiße nur wegspülen konnten, indem sie zehn Stockwerke runtergingen, um sich an einem Standrohr Wasser zu holen. (...) Der öffentliche Protest hat dazu geführt, dass in den Wohnungen dieser armen Menschen Wasserautomaten (Anm.: pre-payment meters) installiert wurden. Sie

²⁷ House of Commons Library Research Paper 117/1998.

²⁸ The Daily Mail, The Great Water Robbery, 11.7.1994.

müssen für den Wasserbezug eine Chipkarte im voraus aufladen und zahlen im Verhältnis höhere Wassergebühren.“²⁹ wird berichtet.

Um Investitionen finanzieren zu können, hat die Aufsichtsbehörde *OFWAT* die zulässigen Höhen für die Preise sehr hoch angesetzt. Bei *OFWAT* wurden aber beispielsweise manche Investitionsvorhaben eingereicht, um höhere Kosten geltend machen zu können, damit der Regulator auch höheren Obergrenzen bei den Wasserpreisen zustimmt. Tatsächlich wurden die eingereichten Baupläne später von den Planungsbehörden abgelehnt, da die Anlagen z.B. zu nahe bei bestehenden Hotels geplant waren. Die Preiserhöhungen wurden aber nicht zurückgenommen. Es liegt die Vermutung nahe, dass manche Investitionen nie wirklich durchgeführt werden sollten.

Auswirkungen auf die Wasserqualität

In den Jahren 1993 bis 1998 ist der Wasseranteil minderer Qualität (Grade 4 und 5) von 9 auf 11% angestiegen.³⁰ Die englischen Wasserversorger haben große Probleme bei der Einhaltung europäischer Qualitätsstandards. Das *DWI (Drinking Water Inspectorat)* berichtete 1998, dass in den Kategorien Nitrit-, Eisen-, Blei und Pestizidbelastungen mehr als 20 % der untersuchten Zonen den Richtlinien nicht entsprachen.³¹

Im Sommer 1995 brach während einer großen Dürreperiode die Wasserversorgung im Industriegebiet West Yorkshire zusammen. Mit Hilfe von Tanklastzügen musste Wasser aus anderen Regionen Englands geliefert werden. Im darauffolgenden Winter hatten viele Familien kein Wasser, da die Leitungen zugefroren waren. Die Regierung sah sich dadurch gezwungen, eine Untersuchung einzuleiten. Eine Studie der Universität Manchester ergab, dass die Instandsetzungsinvestitionen nach der Privatisierung mehr als halbiert worden waren. Vor der Privatisierung wurden jährlich 3,3 % des Anlagewerts für Instandsetzung ausgegeben, nach der Privatisierung waren es nur noch 1,5 %. Die ExpertInnen schätzten, dass täglich 4 Mrd. Liter Wasser durch undichte Rohrleitungen versickern und verloren gehen. Obwohl notwendige Investitionen aufgeschoben wurden, hat aber die zuständige „*North West Water*“ die Dividendenzahlungen an die privaten EigentümerInnen weiter erhöht.³²

Nach Auskunft von *OFWAT* konnten die 23 in England und Wales tätigen privaten Wasserversorger die Rohrnetz-Leckagen in den letzten fünf Jahren zwar um fast ein Drittel verringern. Die Wasserverluste betragen 2001 aber immer noch 2,64 Mio. m³ täglich, das sind durchschnittlich etwa 17 % des Wasserverbrauchs (Österreich 8 bis 9 %).³³ Am höchsten liegen die Wasserverluste beim größten Versorger, der „*Thames Water*“ (mit 7 Mio. KundInnen), mit rund 25 %. *Thames Water* hatte 1995 eine Kürzung seines Investitionsprogramms von 3,5 Mrd. auf 2,9 € Mrd. bekannt gegeben, nachdem sie kurz zuvor aufgrund des ursprünglich vorgelegten Investitionsplanes eine Preissteigerung genehmigt bekam. Die Preissteigerung wurde nach den Investitionskürzungen von „*Thames Water*“ natürlich nicht zurückgenommen.³⁴)

²⁹ Manny Bueno, UNISON (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in England), in: Soziale Politik & Demokratie, Nr. 52, 9.6.1998.

³⁰ House of Commons Select Committee on the Environment Seventh Report 1999-2000, Water Prices and the Environment, HC597 14.11.2000, (www.parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/cm199900/cmselect/cmenvaud/597/59702.htm)

³¹ Jean Shaoul, Water Clean Up and Transparency. The Accountability of the Regulatory Process in the Water Industry, Manchester 1998, S. 27.

³² Manchester Evening News, Water firm is told to wipe out droughts, 5.7.1995, sowie: Manchester Evening News, A scandal of water cut-offs in North West, 12.5.1995.

³³ Zeitung für Kommunale Wirtschaft, 27.1.2001

³⁴ The Observer, 12.2.1995.

Unternehmensgewinne

Die Unternehmensgewinne der britischen Wasserversorger und Abwasserentsorger sind in den Jahren 1989 bis 1998 wertbereinigt von 922 Mio. auf 2,23 Mrd. Pfund gestiegen, also um nicht weniger als 142 %, in Einzelfällen um fast 900 %.

Gewinne vor Steuern in Mio. Pfund, wertbereinigt (Preise von 1997/98)

| | 1989/90 | 1990/91 | 1991/92 | 1992/93 | 1993/94 | 1994/95 | 1995/96 | 1996/97 | 1997/98 | 1989/90-1997/98 |
|--------------|------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-----------------|
| Anglian | 106 | 188 | 202 | 212 | 148 | 236 | 252 | 215 | 274 | 158% |
| DwrCymru | 46 | 158 | 163 | 177 | 162 | 132 | 119 | 215 | 209 | 351% |
| NorthWest | 52 | 265 | 271 | 282 | 302 | 298 | 368 | 396 | 394 | 658% |
| Northumbrian | 14 | 58 | 72 | 79 | 70 | 99 | 97 | 129 | 135 | 898% |
| SevernTrent | 176 | 307 | 313 | 308 | 316 | 292 | 395 | 373 | 351 | 100% |
| Southern | 81 | 120 | 136 | 136 | 143 | 157 | 175 | k. A. | k. A. | 115% |
| SouthWest | 61 | 109 | 106 | 106 | 104 | 69 | 115 | 118 | 106 | 72% |
| Thames | 218 | 263 | 278 | 287 | 271 | 332 | 242 | 384 | 419 | 92% |
| Wessex | 31 | 81 | 91 | 98 | 116 | 128 | 142 | 150 | 139 | 351% |
| Yorkshire | 137 | 141 | 146 | 158 | 161 | 155 | 172 | 223 | 206 | 50% |
| Total | 922 | 1.690 | 1.776 | 1.844 | 1.794 | 1.898 | 2.077 | 2.203 | 2.232 | 142% |

Quelle: Waterwatch (www.waterwatch.org)

Die Dividenden stiegen um durchschnittlich 10 bis 12% jährlich. 40 und mehr % des Rechnungsbetrages, den KundInnen regelmäßig zu zahlen haben, wanderten direkt als Dividenden zu den neuen EigentümerInnen. Eine direkte Umverteilung von einfachen Leuten zu AktienbesitzerInnen, wie sie drastischer kaum sein könnte.

Beiträge der KonsumentInnen zu den Profiten und Dividendenzahlungen

| Wasserversorger | Durschnittl. Rechnung in £ | Gewinn vor Steuern in Mio. £ | Gewinnbeitrag pro Kunde in £ | Gewinnbeitrag in % der Rechnung | Div.beitrag pro Kunde in £ | Div.beitrag in % der Rechnung |
|-----------------|----------------------------|------------------------------|------------------------------|---------------------------------|----------------------------|-------------------------------|
| Anglian | 295.00 | 274.50 | 60.32 | 20.45 | 49.39 | 16.74 |
| Northumbrian | 209.00 | 125.60 | 85.65 | 40.98 | 31.50 | 15.07 |
| North West | 222.00 | 316.60 | 83.24 | 37.49 | 93.04 | 41.91 |
| Severn Trent | 201.00 | 351.50 | 76.87 | 38.24 | 60.14 | 29.92 |
| Southern | 225.00 | 131.40 | 76.32 | 33.92 | 23.12 | 10.27 |
| South West | 336.00 | 114.10 | 156.74 | 46.65 | 77.06 | 22.94 |
| Thames | 181.00 | 371.70 | 67.22 | 37.14 | 24.70 | 13.65 |
| Welsh | 265.00 | 148.90 | 92.84 | 35.04 | 49.26 | 18.59 |
| Wessex | 235.00 | 110.50 | 107.04 | 45.55 | 60.06 | 25.56 |
| Yorkshire | 217.00 | 205.30 | 81.38 | 37.50 | 26.20 | 12.08 |

Quelle: Waterwatch, (www.waterwatch.org)

Abwasserentsorgung

Auch im Bereich der Abwasserentsorgung sind die Investitionen drastisch zurückgegangen. Überprüft man die Investitionsaufwendungen, so wird ersichtlich, dass die britischen Abwasserentsorger von einer durchschnittlichen Funktionsdauer von Abwasserleitungen von etwa 490 Jahren

ausgehen, in der Berechnung eines regionalen Entsorgers werden sogar unglaubliche 1.400 Jahre angenommen. Ausgehend von der geringen Investitionstätigkeit der Abwasserentsorger wird das britische Abwasserleitungssystem also erst um das Jahr 2490 (!) komplett erneuert sein. Tatsächlich und realistischerweise aber müsste eine Funktionsdauer von nur 100 Jahren angenommen werden.

Investitionen im Bereich Abwasserleitungen

| Gesellschaft | Gesamtlänge kritischer Leitungen, in km | Davon erneuert oder ersetzt von 1990-99, in km | Nutzungsdauer ³⁵ |
|------------------|---|--|-----------------------------|
| Anglian | 8.191 | 131 | 562 |
| Dwr Cymru | 4.321 | 136 | 285 |
| North West | 10.674 | 338 | 284 |
| Northumbrian | 5.982 | 262 | 205 |
| Severn Trent | 7.471 | 411 | 163 |
| South West | 1.815 | 50 | 326 |
| Southern | 6.460 | 41 | 1.416 |
| Thames | 18.936 | 417 | 408 |
| Wessex | 2.841 | 97 | 263 |
| Yorkshire | 6.846 | 65 | 948 |
| Total/All | 73.537 | 1.948 | 486 |

Quelle: Waterwatch (www.waterwatch.org)

Bei der Privatisierung im Jahr 1989 wurde beispielsweise von *Yorkshire Water* erwartet, 380 km Leitungen zu erneuern. Das wurde auch im Privatisierungspreis preismindernd berücksichtigt. Tatsächlich waren nach 10 Jahren bis 1999 aber nur 65 km Leitungen erneuert worden.

4.8. Irland

Die Wasserwirtschaft ist in Irland zum Großteil in öffentlicher Hand. Seit 2001 sind die Lokalbehörden (29 County Councils, 5 City Councils, 5 Borough Councils, 75 Town Councils) Eigentümer und Betreiber der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsdienste. In 2004 soll eine „*National Water Service Authority*“ errichtet werden.

Wasserversorgung

Fast 200.000 der 1 Million irischen Haushalte sind aber nicht an dieses öffentliche Wasserversorgung angeschlossen. Ein Großteil davon wird von sogenannten „*Group Water Schemes*“ versorgt, jeweils einer Gruppe von Haushalten, die gemeinsam ihre Wasserversorgung sicherstellen.

Die Regierung spielt aber insofern eine zentrale Rolle, als sie mit Unterstützung der EU in den Jahren 1994 bis 1999 ein Investitionsprogramm verwirklicht hat. Etwa 60 % der Investitionskosten wurden dabei aus dem EU-Kohäsionsfonds beglichen. Hauptgrund dafür war der schlechte Zustand vieler Wasser- und Abwassersysteme. Die Leitungsverluste lagen in der Region Dublin 1996 bei 44 %, werden zur Zeit immer noch auf ca. 40 % geschätzt und sollen bis 2010 auf 20 % gesenkt werden. In den Städten Galway und Limerick betragen die Leitungsverluste 1996 sogar rund 60 %.

³⁵ Errechnete Nutzungsdauer der Leitungen bei gleichbleibender Investitionstätigkeit (9 Jahres -Sicht)

Das zweite Hauptproblem ist die Qualität des Trinkwassers in Irland. Vor allem im Bereich der „Group Water Schemes“ kommt es durch unzureichende Abwasserreinigung häufig zu Kontamination des Grundwassers mit Kolibakterien.

Abwasserentsorgung

Nur etwa 68 % der Bevölkerung sind an das öffentliche Abwassernetz angeschlossen. 15 % der Abwässer werden überhaupt nicht gereinigt, nur 3 % in der dritten und höchsten Reinigungsstufe.

Privatisierungstendenzen

Im November 1999 wurde von der irischen Regierung für die Periode von 2000 bis 2006 ein nationaler Entwicklungsplan veröffentlicht, in dem die Bedeutung von PPP's (Public-Private-Partnerships) in einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge betont wird. Davon sind aber hauptsächlich der Straßenbau, die Abfallbeseitigung und das Schnellbahnnetz betroffen.

Im Februar 2001 präsentierte die Regierung eine „National Water Study“. Das Ergebnis war, dass die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Irland „zu kompliziert“ (overly complicated) sei, woraus organisatorische und Effizienzprobleme resultieren würden. Ein Großteil der Abwasserbehörden sei zu klein, um von „economies of scale“ profitieren zu können. Eine der Empfehlungen war, dass der Fragmentierung der öffentlichen Wasserversorgung durch Kooperationen in den einzelnen Sachgebieten und durch Outsourcing begegnet werden sollte.

Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind die Privatisierungsbestrebungen daher gering. Auch von der Art der Privatisierung wird nicht das englische Modell angestrebt, also kein Verkauf der Anteile an private InvestorInnen, sondern eher das schottische Modell, wonach einzelne Schlüsselprojekte des Netzausbaus und der Modernisierung von den lokalen Behörden für PPP's vorgemerkt werden.

4.9. Italien

Italiens Wasserindustrie wurde durch das „Gesetz Galli“ 1994 reorganisiert. Die Strategie ist eine vertikale und horizontale Integration der Versorgung mit sich selbst finanzierenden territorialen Einheiten, neu geschaffenen Regionalbehörden (*Autorità di Ambito Territoriale Ottimale, ATO*) und mehr Autonomie für die Gemeinden. So erhielten die Gemeinden ausdrücklich das Recht, die organisatorische Struktur der zukünftigen Betreiber selbständig auszuwählen.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Die Struktur ist nach wie vor reichlich fragmentiert, es gibt über 8.000 verschiedene Wasserdienste unterschiedlicher Art. Die Gemeinden sind für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung verantwortlich und in der Regel werden die Dienste auch von den Gemeinden selbst bereitgestellt, aber es gibt auch einige private Eigentümer. Die Entscheidung darüber fällt die Gemeinde in Zusammenarbeit mit der Regionalbehörde ATO. Rechtlich sind drei Betreiberformen möglich: öffentliche (kommunale), private oder gemischte Gesellschaften. Wasserbehörden, Gemeindebetriebe, Unternehmen in Gemeindebesitz und Konsortien sind Mitglieder von „Federgasacqua“, einer Vereinigung mit 230 Mitgliedern, die 65% der Wasserversorgung Italiens durchführen. Etwa 40% dieser Dienste sind Aktiengesellschaften und 35% sind Konsortien.

Die Betreiber, wer immer sie sind, bekamen mit dem „Legge Galli“ auch größere kaufmännische Freiheiten, vor allem hinsichtlich der Preisgestaltung, um Investitionen finanzieren zu können. Die Tarifstruktur wird vom „Comitato per la Vigilanza sull'Uso delle Risorche Idriche“ festgelegt und vom Umweltministerium herausgebracht. Die Tarife sind „politisiert“ und reflektieren kaum die tatsächlichen Entstehungskosten, sondern orientieren sich an Inflationskontrolle und Verteilungswirkungen auf die Bevölkerung.

Privatisierungserfahrungen und -tendenzen

Die Stadt Arezzo hat sich zusammen mit 36 anderen Kommunen der Umgebung dazu entschieden, die Betriebsführung der Wasserversorgung ab 1999 für 25 Jahre an die Gesellschaft „*Nuove Acque*“ zu vergeben. *Nuove Acque* versorgt die insgesamt 37 Kommunen mit zusammen 300.000 EinwohnerInnen mit Trinkwasser und übernimmt auch die Abwasserbeseitigung. Sie ist eine AG mit 54 % öffentlicher Beteiligung, den privaten Anteil hält ein Konsortium, an dem die französische „*Suez*“ beteiligt ist. Da von dieser sehr teure externe Beratungsleistungen zugekauft wurden, mussten die Wasser- und Abwasserpreise erhöht werden. Dagegen wiederum bildete sich eine Bürgerinitiative, die die Rückgabe der Betriebsführung an die Kommunen fordert.

Das Ziel des „*Legge Galli*“ war auch, durch Privatisierungen von gemeindeeigenen Unternehmen größere kaufmännische und unternehmerische Freiheiten zu ermöglichen. Bezüglich der Auswahl von Partnern bei gemischten Unternehmen (PPP`s), die lokale Dienste anbieten und managen, muss eine öffentliche Ausschreibung stattfinden. Im Jahr 2000 waren dennoch 84 % der italienischen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im Besitz der Kommunen.

Die *AMGA (Azienda Mediterranea Gas e Acqua)* in Genua war der erste städtische italienische Wasserversorger, der teilweise privatisiert wurde. Im Oktober 1996 wurden 49 % der Anteile verkauft, die Stadt Genua behielt bis 1999 51 % der Anteile aus steuerlichen Gründen. *AMGA* ist hauptsächlich im Wasserversorgungs- und Gasversorgungsbereich aktiv und versucht seither auch, seine Operationen national und international zu erweitern. In den Jahren 1997/98 beschäftigten sich die italienischen Gerichte mit der Streitfrage, ob es Unternehmen im öffentlichen Eigentum erlaubt sein sollte, außerhalb des angestammten Territoriums tätig zu sein. 1998 gab es eine Empfehlung der Regierung, wonach öffentliche Unternehmungen nur durch ad hoc gegründete neue Unternehmungen tätig sein dürfen. Bei dieser neu gegründeten Unternehmung muss eine getrennte Buchführung durchgeführt werden, so dass öffentliche Unternehmungen, die außerhalb ihres Gebietes tätig sind, nicht den Wettbewerb durch erhaltene Quersubventionen verzerren (das bezieht sich auch auf die 3-jährige Steuerfreiheit nach Umwandlung einer öffentlichen zu einer privaten Firma). Nach dieser Entscheidung wurde im März 1998 in Zentralitalien (Toskana/Umbrien) ein Konsortium von 26 Gemeinden in Grosseto, Siena und Lazio gebildet, an dem *AMGA* 49% der Anteile besitzt. 1998 vereinbarte die *AMGA* mit der gemeindeeigenen *ACEA* (Rom), der *AMAP* (Palermo) und der *ARIN* (Neapel), sich für Wasserkonzessionen in Süditalien zu bewerben. Die vier Partner halten jeweils 25 % der Anteile.

An *AMGA* und *ACEA* (Rom) sind neben „*Italgas*“, auch die großen französischen Versorger „*On-deo*“ („*Suez*“) und „*Veolia*“ beteiligt. „*Veolia*“ ist an diversen lokalen Unternehmen beteiligt, „*Suez*“ hat einige Subunternehmen in Italien eingerichtet, u.a. die „*Aqua Toscana*“ in der Toskana. „*SAUR/Bouygues*“ ist hauptsächlich an der adriatischen Küste tätig. „*South West Water*“ hat eine Minderheitsbeteiligung an „*SIBDA*“ (*Società Italo-Britannica dell'Acqua Srl*) und ist über diese Beteiligung als Multi Utility-Unternehmen auch in anderen Bereichen vor allem der Bauwirtschaft) tätig. Auch andere gemeindeeigene Unternehmen sollen teilweise privatisiert werden. „*ASM Brescia*“, „*SEABO Bologna*“ und „*AMS Padova*“ planen den Gang an die Mailänder Börse.

4.10. Luxemburg

In Luxemburg ist die Wasserwirtschaft in öffentlichem Eigentum. Seit einem Gesetz aus 1906 sind die Gemeinden für die Trinkwasserbereitstellung auf ihrem Territorium zuständig. Das Gesetz erlaubte den Zusammenschluss in Verbänden, und die Gemeinden haben sich bald zu insgesamt 8 Trinkwassersyndikaten zusammengeschlossen. Die Wasserverteilung bleibt aber in der Zuständigkeit der jeweiligen Gemeinde.

Auch die Abwasserreinigungsanlagen sind in kommunalem Besitz und werden zur Zeit mit Technik der dritten Reinigungsstufe ausgerüstet. Dieses Abwassersanierungsprogramm wird gerade abgeschlossen.

Wasser- und Abwassertarife werden von den Gemeinderäten festgelegt, bedürfen aber der Genehmigung durch das Innenministerium.

In Luxemburg gibt es keine feststellbaren Privatisierungsbestrebungen im Bereich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

4.11. Niederlande

Wasserversorgung

Der Staat ist verantwortlich für das Wassermanagement auf der Ebene von Rahmenbedingungen und Planung, ist aber nicht in das Tagesgeschäft involviert. Die 12 Provinzen agieren auf dem Level von strategischer Planung und sind für das regionale Grund- und Oberflächenwasser verantwortlich. Die 53 Wasserbehörden sind funktionale Regierungsstellen, die die staatliche und regionale Wasserpolitik umsetzen. Häufig sind sie auch Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen. Die rund 500 Gemeinden managen das Kanalisationssystem und sind die Besitzer der meisten Wasserversorgungsunternehmen. Es gibt allerdings nur 20 Trinkwassergesellschaften, die für die Trinkwasserversorgung verantwortlich ist, 18 davon sind privatwirtschaftlich organisiert (Aktiengesellschaften), wobei die Anteile aber vollständig von den niederländischen Gemeinden oder Provinzen gehalten werden. Ein Unternehmen, die Amsterdamer Wasserversorgung, ist in die Gemeindeverwaltung integriert, und ein einziges Unternehmen in einer Kleinstadt befindet sich noch in Privatbesitz, wird aller Voraussicht nach von einem Unternehmen in öffentlichem Besitz übernommen werden. Die Trinkwassergesellschaften arbeiten kostendeckend, dürfen aber keine Profite machen.

Die Niederlande zählen bei der Wasserversorgung zu den wenigen Ländern mit einer öffentlich-rechtlichen Organisation und dennoch hohem Zentralisierungsgrad. Bis in die 70er Jahre hinein war die Wasserversorgung auch in den Niederlanden weitgehend kommunal organisiert. Die Überlegungen, die der Zentralisierung zugrunde lagen, waren das starke Bevölkerungswachstum, ein stark steigender Verbrauch sowohl der Industrie wie auch der Haushalte, und die zunehmende Verschmutzung des Rheinwassers, das im dicht besiedelten Westen der Niederlande lange Zeit als Trinkwasser genutzt wurde. Man kam zur Überzeugung, dass die meist kleinen Wasserversorgungsunternehmen zur Lösung der damit verbundenen qualitativen und quantitativen Probleme nicht in der Lage sein würden.

Hinsichtlich der Wasserqualität hat sich der Verband der Wasserversorger Qualitätsziele gesetzt, die deutlich höher liegen, als die entsprechende EU-Richtlinie fordert. Die Qualitätsüberwachung ist Aufgabe von staatlichen Inspektoren, die in einem „Reichsbüro für Volksgesundheit“ angesiedelt sind. Die Qualität des gelieferten Wassers ist überall im Lande gut und auch die Versorgungssicherheit ist kurz- und langfristig zufriedenstellend.

Hinsichtlich der Kundenzufriedenheit mit den verschiedenen Versorgungsunternehmen in den Bereichen Wasser, Abwasser, Energie, Post und Bahn wurde in den Niederlanden von staatlicher Seite eine Befragung durchgeführt, wobei die Wasserversorger gut abschnitten.

Obwohl die Wasserabgabe in den Niederlanden seit 1970 insgesamt quantitativ um mehr als 40 % und die Zahl der Anschlüsse um 60 % gestiegen ist, ging die Zahl der ArbeitnehmerInnen zwischen 1970 und 2001 als Folge von Maßnahmen der Zentralisierung und Effizienzsteigerung von 8.200 auf 7.000 zurück, das entspricht einem Arbeitsplatzrückgang um rund 15 %.

Eine weitere Konzentration bis auf weniger als zehn Wasserversorgungsunternehmen wird angestrebt. Über einen Langzeitplan, erstellt vom zuständigen Minister, soll ein abgestimmtes Vorgehen sichergestellt werden. So werden etwa auch gemeinsame Marketingmaßnahmen durchgeführt, beispielsweise eine Kampagne zum Wassersparen. Man betreibt gemeinsam Benchmarking, um die Qualitätsstandards zu steigern, die Kosten zu senken und die Transparenz bei den Wasserversorgungsunternehmen zu vergrößern.

Wichtig war auch der Auftrag an die Provinzen, die Trinkwasserversorgung in ihren Gebieten effizienter zu organisieren, etwa die Unternehmensführung zu verbessern oder eigene Labors mit fachkundigem Personal zu führen. Auch eine Kombination mit Gas- und Stromversorgung wurde erlaubt, sofern den oben genannten Kriterien genügt wurde. Zwei der 20 Wasserversorgungsunternehmen sind auch Versorger für Erdgas und Elektrizität.

Abwasserentsorgung

In den Niederlanden sind Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung organisatorisch getrennt. Der Bau, Betrieb und Erhaltung des Kanalisationssystems ist kommunale Aufgabe, der Betrieb von Kläranlagen wird jedoch oft von den für die Überwachung der Gewässergüte zuständigen Wasserwirtschaftsämtern übernommen.

Der Anschlussgrad an die öffentliche Kanalisation ist mit 99% sehr hoch. 100% des gesammelten Abwassers werden behandelt. Trotz eines sehr differenzierten Förderungssystems stoßen jedoch die Kommunen an Grenzen der finanziellen Belastung, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung neuer europäischer Gewässerschutzrichtlinien.

Die Finanzierung des Abwassersystems erfolgt zum einem unmittelbar über Abwassergebühren, die sich jedoch nicht wie etwa in Deutschland am Wasserverbrauch orientieren, sondern auf der Grundlage von Einwohnergleichwerten (EGW) ermittelt und an den jeweiligen Betreiber der Anlage zu entrichten sind. Die Gebühren pro EGW richten sich nach der Höhe der im nächsten Jahr von den Betreibern benötigten Einnahmen. Die Kommunen erheben ein zusätzliches Entgelt für die Inanspruchnahme der Netze.

Privatisierungstendenzen

In den 90er Jahren wurden auch Überlegungen zur Privatisierung der Wasserversorgung angestellt, zumal eine Vielzahl öffentlicher Versorgungsunternehmen wie Telekommunikation, Post oder Fernsehen privatisiert wurden. Im März 1998 jedoch wurde von der Regierung die sogenannte „Hauptliniennotiz“ erlassen. Bemerkenswert ist, dass darin eine vollständige Privatisierung abgelehnt wird! Genehmigungen zur Lieferung von Trinkwasser sollen weiterhin ausschließlich Wasserwerken erteilt werden, die Eigentum der öffentlichen Verwaltung sind. Die Regierung verweist vor allem auf den Grundsatz, dass Trinkwasser ein lebenswichtiges Gut ist und der Bevölkerung immer in notwendiger Qualität und Quantität zur Verfügung stehen muss. Die Wasserwerke haben daher über wirtschaftliche Interessen hinaus auch Verpflichtungen der Gemeinschaft gegenüber; etwa das Einsparen von Wasserressourcen und den Schutz der Brunnen und Wassergewinnungsgebiete sicherzustellen.

Im Januar 2000 hat die niederländische Regierung die Privatisierung von Trinkwasserversorgern (soweit davon Haushalte oder Gewerbebetriebe betroffen sind) kurzerhand komplett untersagt! Nach dem folgenden Regierungswechsel hat sich die Wasserpolitik nicht grundsätzlich geändert. Die Markt wurde aber insofern liberalisiert, als GroßverbraucherInnen in der Wahl ihrer Lieferanten frei sein sollen. Der Wettbewerb soll angekurbelt werden, auch indem Outsourcing von Teildiensten an private Spezialanbieter möglich ist, eine Methode, die auch in Frankreich üblich ist.

4.12. Österreich

Das Wassergesetz von 1959 bildet die Basis der Gesetzgebung auf dem Wassersektor. Die Regelungskompetenz im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung fällt laut Verfassung dem Bund zu, er hat aber von seinem Recht Gebrauch gemacht, die Länder zur Erlassung von Ausführungsbestimmungen zu ermächtigen. Von den Ländern wurde die Ausführung den Gemeinden fast in allen Bundesländern gesetzlich übertragen. Es ist in Österreich auch möglich, dass die Wasserver- und Abwasserentsorgung nicht von der Gemeinde, sondern von Privaten betrieben wird.

Wasserversorgung

Kaum ein Land in Europa verfügt über einen vergleichbaren Wasserreichtum, das jährliche Dargebot liegt bei 84 Mrd. m³. Laut neuesten Studien könnten aus österreichischen Quellen und Gründen 440 Mio. Menschen – also der Großteil Europas – dauerhaft mit Trinkwasser versorgt werden. Es werden in Österreich also nur 3 % des vorhandenen Trinkwassers auch tatsächlich genutzt. Der Anteil des Quellwassers an der Gesamtaufbringung liegt mit 49 % außerordentlich hoch. Das ist die Basis für die hohe Wasserqualität.

In Österreich beträgt aber auch der durchschnittliche Leitungsverlust nur 9% (GB ~25%, F ~20%), daher sind umgekehrt Verunreinigungen bei der Durchleitung viel geringer als in anderen Ländern.

Von 1993 bis 1999 wurden in Österreich fast 100 Mrd. ÖS (7 Mrd. €) in die Sicherung der Trinkwasserqualität und die Reinhaltung der Gewässer investiert. Bis 2012 wird der Investitionsbedarf bei der Erfüllung europäischer und österreichischer Wasserrechtsstandards auf 12,7 Mrd. € (175 Mrd. ÖS) geschätzt.

Der durchschnittliche Wasserverbrauch (ohne Einbeziehung von Gewerbe, Industrie oder Großverbrauchern) liegt bei 140 Litern pro Tag und Person. Jährlich werden für Trinkwasser 0,7 Mrd. m³, an Brauchwasser in Gewerbe und Industrie 1,7 Mrd. m³ sowie für landwirtschaftliche Bewässerung 0,2 Mrd. m³ benötigt.

Die Wasserversorgung ist sehr kleinteilig organisiert: die geschätzte Gesamtzahl der österreichischen Wasserwerke beträgt ca. 3.000 (2350 Gemeinden sowie 650 kleine und kleinste Wassergenossenschaften)³⁶. 188 größere Versorger sind Mitglieder im „Österreichischen Verband Gas Wasser“ (ÖVGW), sie versorgen zusammen über 5,22 Mio. EinwohnerInnen. Etwa 2 Mio. EinwohnerInnen werden von Kleinversorgern versorgt, die nicht im ÖVGW erfasst sind, und etwa 1 Mio. EinwohnerInnen werden durch Hausbrunnen oder kleinste Genossenschaftsanlagen versorgt.

Laut ÖVGW-Verbandsstatistik lag 1999 der Wasserpreis eines Haushalts bei durchschnittlich 11,76 ATS/m³ (0,85 €/m³), der Maximalpreis lag bei 27,00 ATS/m³ (1,96 €/m³), der Minimalpreis bei 4,55 ATS/m³ (0,33 €/m³). Der österreichische Durchschnittshaushalt (2,5 Personen) hat im Jahr 2000 etwa 363 € (5.000 S) für die Wasserversorgung und -entsorgung gezahlt. Die Zusammensetzung der Wasser- und Abwassergebühren wird auf Gemeindeebene festgelegt, was zu großen Unterschieden in den Gebührensystemen führt, wobei Bezugsmenge, Wohnfläche, Zahl der vorhandenen Toiletten oder Einwohnergleichwerte die maßgeblichsten Bezugsgrößen für die Gebührenermittlung sind. Die Gebühren für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung decken (nach einem OECD-Bericht) nur etwas mehr als die Hälfte der Gesamtkosten der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Der Gesamtumsatz der Trinkwasserversorger betrug 1999 567 Mio. € (7,8 Mrd. ÖS), der Investitionswert der Anlagen wurde mit 1,526 Mrd. € (21 Mrd. ÖS) verbucht, die laufenden Investitionen in bestehende Anlagen betrugen 124 Mio. € (1,7 Mrd. ÖS). 1999 waren etwa 2.500 Menschen in der österreichischen Wasserversorgung beschäftigt (1.600 ArbeiterInnen, 900 Angestellte), nicht berücksichtigt sind zahlreiche ehrenamtliche MitarbeiterInnen bei Kleinanlagen.

Abwasserentsorgung

Auch die Abwasserentsorgung ist in Österreich sehr kleinteilig organisiert. Etwa die Hälfte der Gemeinden ist Mitglied in einem Abwasserverband. Es bestehen rund 190 Verbände und etwa 1.300 Kläranlagen bzw. Entsorgungsdienste für über 50 EinwohnerInnen. Einige Industriebetriebe haben eine firmeneigene Abwasserbehandlung.

³⁶ www.ovgw.at

Privatisierungstendenzen

Weltweit sind mehrere Dutzend Beratungsunternehmen aktiv, die sich auf die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen spezialisiert haben. Oft wird mit oder ohne Auftrag eine Studie über einen Teilaspekt der Daseinsvorsorge eines Staates durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Studien sind nahezu immer gleich. Die Versorgungsbetriebe seien ineffizient, die Struktur der Branche sei zu kleinteilig, es könnten keine Skalenerträge erwirtschaftet werden, in den nächsten Jahren seien Investitionen erforderlich, die von den Kommunen, Regionen oder dem Staat nicht aufgebracht werden könnten, daher sei der Königsweg eine Vollprivatisierung. Wegen seines Wasserreichtums scheinen in Österreich die Ertragschancen besonders groß.

Eine Studie dieser Art wurde im Sommer 2001 von *PWC (Price, Waterhouse & Cooper)* über die österreichische Wasser- und Abwasserwirtschaft erstellt, und hat die Diskussion über die Privatisierung entfacht. *PWC* stellt maximale Einsparungspotentiale in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft in Höhe von 20 % bei den Betriebskosten und 35 % bei den Investitionskosten in Aussicht. Diese Zahlen wurden einfach aus Analysen unterschiedlicher Unternehmen in verschiedenen Staaten und verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge abgeleitet, ohne spezifische Kenntnisse oder nähergehende Beschäftigung mit der österreichischen Wasserwirtschaft an sich.

Nach Ansicht von Umweltminister Molterer ist es „mittelfristig für Österreich interessant, unter den Grundsätzen der Nachhaltigkeit auch einen ökonomischen Erfolg mit dem Wasser zu erzielen“.³⁷ Zum Beispiel plant das Land Tirol derzeit eine 10 Mio. € teure Trinkwasserpipeline, über die Wasser aus dem Achensee in den Großraum München transportiert werden kann. Der zuständige Tiroler Landesrat Eberle bevorzugt einen Verkauf des Wassers in Flaschenform.³⁸

Der steirische Landesrat Gerhard Hirschmann regte im Februar 2002 die Gründung einer „Wasser-OPEC“ an, in der Länder und Regionen wie Österreich, die Schweiz, Bayern und Südtirol gemeinsam ihre Interessen zur Sicherung und Vermarktung ihrer Trinkwasserressourcen regeln könnten.³⁹

In Innsbruck, Salzburg und Graz wurden Wasserversorgungsanlagen bereits in Aktiengesellschaften eingegliedert, in Oberösterreich ist ähnliches beschlossen. Der niederösterreichische Energieversorger „EVN“ hat den Wasserdienst „NOESIWAG“ (Wasser und Abwasser) aufgekauft.

Der 51. österreichische Städtetag hat im Juni 2001 in Villach den Verkauf der Wasserversorgung abgelehnt, weil „*hierdurch lediglich ein öffentliches Monopol durch ein privates, der Einflussnahme der öffentlichen Hand entzogenes Monopol ersetzt wird, welches dem Shareholder-Value verpflichtet ist.*“

Die Bevölkerung lehnt allerdings gegen die Privatisierung Wasserversorgung ab. In einer Befragung der *Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS)* im Jahr 2002 haben 82% der Wiener Bevölkerung eine Privatisierung kategorisch abgelehnt. Die Befragten befürchten höhere Preise und Verschlechterungen der Leistungen. Die Mehrheit meint, dass Privatisierungen zu Lasten des Personals und auf Kosten von Investitionen und sozialen Tarifen gehen würde. Wien hatte bereits im Dezember 2001, als erste Großstadt weltweit, die Trinkwasserversorgung unter den Schutz seiner Verfassung gestellt. Damit soll der Verkauf der Wiener Wasserversorgung an Private verhindert werden.

In der Abwasserentsorgung gibt es in Österreich allerdings schon einzelne Pilotprojekte zur Privatisierung (Ernsthofen, Kötschach-Mauthen, Magdalensberg, Ruden, Zellerbecken). Die Kläranlage Kötschach-Mauthen war das erste Betreibermodell in der Abwasserentsorgung in Österreich. Das

³⁷ Frankfurter Rundschau, 10.4.2001, S. 28

³⁸ Wirtschaftsblatt, 28.2.2002, E1

³⁹ Wirtschaftsblatt, 28.2.2001, E2

bedeutet, dass Planung, Errichtung, Betrieb und die Finanzierung über 25 Jahre zu Pauschalpreisen an einen privaten Partner vergeben wurden.

4.13. Portugal

Die Wasserversorgung Portugals ist gesetzlich geregelt: Die Verantwortlichkeit für Wasserdienste liegt auf der Ebene der 275 Gemeinden (plus 19 auf den Azoren und 11 auf Madeira). Es gibt seit 1999 einen Regulator, der sowohl die gemeindeeigenen als auch die Wasserversorgungen der Gemeindeverbände überwacht. Die Kontrolle erstreckt sich auf die Trinkwassergewinnung, auf Wasserbehandlungs- und Verteilungssysteme, auf die Abwassereinleitungen und –behandlung. In der Praxis ist die portugiesische Wasserwirtschaft stark privatisiert. Auch sieht das bestehende Tarifsysteem keine staatliche Unterstützung vor, die Wasserpreise sollen kostendeckend sein, sowohl für Investitionskosten als auch die Kosten des Betriebs. Generell ist die Kostenstruktur für die KonsumentInnen daher wenig transparent.

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und Privatisierungstendenzen

„Lusagua“ war bis in die 80er Jahre in 17 Städten tätig und bis dahin der umsatzstärkste Wasserver- und Abwasserentsorger Portugals. 1987 beteiligte sich die spanische „Aguas de Barcelona“ (AgBar) an „Lusagua“. Im Juli 2001 hat sich die AgBar aber vom portugiesischen Wassermarkt wieder zurückgezogen und ihren 50%-Anteil an Lusagua an die neu entstandene, in öffentlichem Besitz stehende „Aguas de Portugal“ verkauft, mit der man sich in Konkurrenz treten wollte, und die den Auftrag hatte, die staatliche Kontrolle in der Wasserwirtschaft zu erhöhen. Seit 1993 war ein Konzessionssystem eingeführt worden, wobei Gemeinden Konzessionen können sowohl an öffentliche als auch private Unternehmen vergeben können. Aguas de Portugal bietet über die Tochterfirma „Aquapor“ bei sämtlichen Konzessionsvergaben im Lande mit.⁴⁰ Die „Aguas de Portugal“ ist heute in der portugiesischen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung das dominierende Unternehmen. An „Aguas de Portugal“ ist der portugiesische Multi Utility Anbieter „Electricidade de Portugal“ (EdP) mit 20% beteiligt, der wiederum mit der britischen „Thames Water“ kooperiert. Im Norden Portugals hat ein anderes privates Unternehmen, „Aguas do Minho e Lima“, die Konzession für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung eines ganzen Bezirkes bekommen.

Es ist auch ausländischen Wasserunternehmen gelungen, auf dem portugiesischen Wassermarkt Fuß zu fassen: „Veolia“ hält Konzessionen in Mafra, Ourém, Paredes und Valongo. Die „Severn Trent“-Tochter „Indáqua“ hält Konzessionen in Santo Tirso, Fafe und Feira.

4.14. Schweden

Gesetzliche Grundlage stellt das schwedische Wasserversorgungs- und Abwassergesetz von 1970 dar, seit 1976 ist auch der Zusammenschluss in Gemeindeverbänden möglich. 1999 wurde ein Umweltschutzgesetz beschlossen, das auch ein überarbeitetes Wassergesetz enthält. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind in Schweden traditionell unter einem Dach und unter der Verantwortlichkeit der 289 Gemeinden und Lokalbehörden. Die kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgungsunternehmen sind juristische Personen, die keinen Profit anstreben dürfen und nur durch Verbindungsentgelte und Betriebskosten finanziert werden dürfen.

⁴⁰ in: www.psisu.org Länderbericht Portugal, News

Wasserversorgung

Bis in die 90er Jahre waren Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung grundsätzlich als Dienste für alle BürgerInnen auf einer Non-Profit Basis angelegt. Schwedische KonsumentInnen zahlen ein Verbindungsentgelt und ein Benützungsentgelt. Investitionen in Produktionsanlagen und das Netz werden üblicherweise über eine Periode von 30 bis 50 Jahre abgeschrieben. Jedes Jahr werden 2,3 bis 2,8 Mrd. € in den Wasser- und Abwassersektor investiert. Im Jahr 2000 wurde in 263 Gemeinden die Wasserversorgung innerhalb der Gemeindeverwaltung durchgeführt, in 25 Gemeinden durch ein Unternehmen in Gemeindebesitz.

In der Periode 1983 bis 1999 waren die Wasserpreise durch Effizienzsteigerung trotz teurer Investitionen in Nitrogen-Behandlungsanlagen stabil. Die Vereinigung der Wasser- und Abwasserdienste („*Svensk Vatten*“) forciert ein laufendes Benchmarking-Programm (*DRIVA*), an dem 20 Gemeinden teilnehmen. U.a. Stockholm, Göteborg und Malmö nehmen an dem Benchmarking-Programm „6-Cities PI Group“ von skandinavischen Großstädten teil. Ein internationaler Vergleich der *IWSA* (*International Service Water Association*) zeigt, dass die kommunalen schwedischen Dienstleister durchaus wettbewerbsfähig sind. Der Durchschnittspreis für Trinkwasser ist nur halb so hoch wie in vielen anderen europäischen Städten.

Durchschnittspreis für 200 m³ Trinkwasser in einigen EU-Städten.

| Stadt | € | Stadt | € | Stadt | € | Stadt | € |
|-----------|-----|---------------|-----|-----------|-----|---------------------------|-----|
| Geneva | 322 | Paris banlieu | 265 | Liege | 229 | London | 140 |
| Brussels | 306 | Marseille | 256 | Helsinki | 174 | Schwedischer Durchschnitt | 105 |
| Newcastle | 275 | Turku | 254 | Amsterdam | 153 | Göteborg | 80 |
| Lyon | 268 | Hague | 241 | Odense | 143 | | |

Quelle: www.psuru.org (<http://www.psuru.org/epsuconference/Jan-ErikPresentationPaper.doc>)

Interessant ist auch ein Vergleich zwischen britischen und schwedischen Städten: die Kosten für die KundInnen sind in der privatisierten britischen Wasserversorgung durchschnittlich DREIMAL so hoch wie in Schweden!

Kosten pro geliefertem m³ Trinkwasser in USD

| Stadt | Kosten für die Kunden | Betriebskosten | Kapitalerhaltung | Kapitalrendite |
|-----------------|-----------------------|----------------|------------------|----------------|
| Wrexham | 1,25 | 0,57 | 0,35 | 0,32 |
| Kirklees | 0,99 | 0,52 | 0,31 | 0,15 |
| Manchester | 0,91 | 0,40 | 0,20 | 0,31 |
| Bristol | 0,83 | 0,48 | 0,19 | 0,15 |
| Waverly | 0,82 | 0,48 | 0,22 | 0,12 |
| Hartlepool | 0,73 | 0,35 | 0,08 | 0,29 |
| Durchschnitt UK | 0,93 | 0,48 | 0,20 | 0,23 |
| Helsingborg | 0,42 | 0,42 | 0,05 | -0,05 |
| Göteborg | 0,38 | 0,11 | 0,05 | 0,21 |
| Stockholm | 0,28 | 0,17 | 0,03 | 0,09 |
| Average -Sweden | 0,36 | 0,23 | 0,04 | 0,08 |

Quelle: www.psuru.org (<http://www.psuru.org/epsuconference/Jan-ErikPresentationPaper.doc>)

Die Leistung der schwedischen Wasserversorger ist auch unter dem Kriterium als sehr erfolgreich anzusehen, dass keine Möglichkeit besteht, Skalenerträge zu nutzen, weil die Bevölkerungsanzahl niedrig und ein großer Teil des Landes nur spärlich besiedelt ist.

Abwasserentsorgung

In den 50er Jahren wurde mit der Errichtung von Kläranlagen begonnen, zwischen 1965 und 1975 bekamen die meisten Gemeinden eine eigene Kläranlage nach höchsten internationalen Standards. Die Baukosten wurden vom Staat bis zu 50 % unterstützt.

In Schweden gibt es 2.000 Abwasseranlagen und 92.000 km Abwasserkanäle, wobei 32.000 km davon Drainagerohre sind. Alle 7,7 Millionen EinwohnerInnen, die in städtischen Regionen wohnen, sind mit einer Abwasseranlage verbunden. Durch Automatisierung und ökonomische Effizienzkriterien wurde die Gesamtanzahl der Beschäftigten in der Wasser- und Abwasserwirtschaft während der 90er Jahre um ca. 4.000 reduziert.

Zusätzlich zur ökonomischen Effizienz gibt es ein ausgeprägtes Umweltdenken bei den Betrieben. Der neue Umweltkodex von 1999 verlangt für alle Wasser- und Abwasseranlagen Umweltverträglichkeitsprüfungen und sieht auch Sanktionszahlungen vor. In Stockholm wird beispielsweise Abwasser umweltgerecht wärmeaufbereitet, Biogas-Produktion deckt 40 bis 45% der internen Stromkosten der Abwasseranlage und alle Heizkosten der Stockholmer Wasserversorgung.

Privatisierungstendenzen

Grundsätzlich basiert das schwedische Modell auf öffentlichem Besitz und öffentlichem Betrieb der Wasser und Abwasserdienstleistungen, wobei sich dies sowohl als ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll herausstellte. Das hat mit einer langen Tradition und der strengen Gesetzgebung zu tun, wobei letztere den Schwerpunkt auf das Zurverfügungstellen dieser Dienstleistungen für alle BürgerInnen auf einer Non-Profit-Basis legte. Internationale Vergleiche bezüglich des Preises zeigen, dass das schwedische Modell, das als Basis hochqualitative Anlagen, Netzwerke, Ausrüstung und professionelle Belegschaft hat, erfolgreich ist. Die Rufe nach Privatisierung im Bereich Wasserversorgung/Abwasserbeseitigung sind daher in Schweden eher verstummt. Dennoch gab es in den vergangenen Jahren einzelne Versuche:

In der Gemeinde Vaxholm, nordöstlich von Stockholm, wurde 1987 der Betrieb der technischen Infrastruktur (Wasser- und Abwasserdienst) öffentlich ausgeschrieben. Es stellte sich aber heraus, dass die meisten kommunalen Unternehmen billigere Dienstleistungen anboten als private Betreiber. Der Vaxholm Wasser- und Abwasserdienst wurde sodann zur „*Roslagsvatten AB*“, ein Unternehmen im Gemeindeeigentum, das gemeinsam von mehreren Gemeinden betrieben wird.

Der erste Versuch einer großen Privatisierung fand in Malmö kurz vor den Kommunalwahlen 1994 statt. Die städtische Müllentsorgung war bereits zuvor privatisiert worden. Der örtliche Wasserversorger wurde ausgeschrieben: 19 private Unternehmen bewarben sich, darunter auch eine große französische und ca. 10 englische Versorgungsunternehmen. Schließlich wurde das englische Unternehmen „*Anglian Waters*“ durch seine Tochter „*Nordvatten AB*“ empfohlen. Mit zahlreichen Versprechen versuchte „*Anglian Waters*“ Sympathien zu gewinnen. Das Thema beherrschte die Lokalwahl in Malmö, die WählerInnen goutierten das Privatisierungsvorhaben aber nicht und wählten die konservative Stadtregierung ab. Das Projekt wurde nach der Wahl fallen gelassen.

1995 wurden in Karlskoga die technischen Dienstleistungen der Stadt in eine Betreibergesellschaft im öffentlichen Besitz umgewandelt. 1998 wurden 49 % der Anteile an die finnische „*Fortum/IVO*“ Gruppe verkauft. Es entstand ein Multi-Utility Unternehmen, die „*Karlskoga Energie & Umwelt AB*“. Es wurden drei Tochterfirmen gegründet, für Stromversorgung, Fernwärme und Umwelt, der Umweltbereich wurde in Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung eingeteilt. Aufsichtsratsentscheidungen müssen allerdings einstimmig getroffen werden, wobei die Gemeinde 4 Sitze und *Fortum* 2 Sitze in für den Aufsichtsrat stellt. Der Vorsitzende ist der Vorsitzende der lokalen sozialdemokratischen Partei. Das neue Unternehmen hat vom Größenvorteil profitiert, aber auch vom Multi-Utility Ansatz sowie der Möglichkeit, Angestellte zwischen den Tochterfirmen „zu verschieben“. Der Aufsichtsrat wurde professioneller, Investitionen wurden allerdings generell reduziert und auch MitarbeiterInnen abgebaut.

1997 fand ein Merger der Wasserwerke in Norrköping mit dem lokalen Stromversorger „NME AB“ statt. Ende 2000 wurden sämtliche Anteile des neuen Unternehmens durch den Stromversorger „Sydkraft“ übernommen. Damit sind sämtliche Anlagen und das Wassernetz in den Besitz von „Sydkraft“ übergegangen, die wiederum zu 67% im Besitz der deutschen Eon ist.

Nördlich von Stockholm, in Norrälje (50.000 Einwohner), wurde im Februar 1999 die Wasserversorgung öffentlich ausgeschrieben. Die französische „Veolia“ gewann das Tendering und übernahm ab Januar 2002 die Dienste. Mittlerweile wurde in sechs Gemeinden das Management der Wasserdienste an private Betreiber vergeben, die Norrtälje-Konzession (10 Jahre) ist aber der einzige Vertrag mit einem ausländischen Multi.

Aber diese Privatisierungen erhalten selbst innerhalb der Branche keine Unterstützung. „Am 40. Jubiläum der Branchenorganisation der schwedischen Wasserversorgungen in Stockholm im Mai antworteten 85% der Teilnehmer auf die Frage: „Ist es gut, wenn die Wasserver- und Entsorgung privatisiert wird?“ mit Nein. Nur 10% sagten ja. Die Frage: „Ist es gut mit privat betriebenen Wasserversorgungen und Kläranlagen?“ wurde mit 62% nein und 32% ja beantwortet. Umweltminister Kjell Larsson sagte mit großer Deutlichkeit, dass er sehr zufrieden sei mit der Umfrage, und drückte gleichzeitig aus, dass er ganz allgemein sehr skeptisch sei gegenüber der Wasserprivatisierung auf globaler Ebene. Er betrachtet diese nicht als Lösung für das Wasser- und Abwasserproblem der Entwicklungsländer. Zu einem früheren Zeitpunkt hat der Minister für kommunale und regionale Angelegenheiten, Lars-Erik Löwden, der Zeitung „Aftonbladet“ zum Ausdruck gebracht, dass er sehr kritisch sei gegenüber der Privatisierung der Wasserwerke. „Der Wasserzugang ist ein Recht, das man nicht zum Verkauf anbieten darf“. (in: Zeit-Fragen Nr. 43 vom 21.10.2002, nach: „Kritiska EU-fakta“, Juni 2002)

4.15. Spanien

Mit der Demokratisierung in Spanien ab 1978 kam es auch zu grundlegenden Veränderungen in der institutionellen Struktur des Staates. Einige Politikbereiche, wie Außen- oder Wirtschaftspolitik blieben in den Händen des Zentralstaates, andere, wie Bildung, Gesundheit und Umweltschutz wurden zwischen dem Staat und den 17 autonomen Regionen aufgeteilt. Die staatliche Verwaltung blieb weiterhin allein verantwortlich für die gesamten Binnengewässer und das Grundwasser. Wasser ist in öffentlichem Besitz und der Staat kontrolliert den Netzzugang. Die autonomen Regionen waren verantwortlich für Kanäle und Bewässerungssysteme von regionalem Interesse, für das Management von Thermalquellen und Mineralwasser, sowie einige Regionen für die Implementierung von Umweltschutzgesetzen. Mit dem Wassergesetz von 1985 wurde auch die Konzessionsvergaben an private Unternehmen ermöglicht, mit einer Gesetzesänderung 2001 wurde die EU-Wasserrahmenrichtlinie implementiert. Das neue Gesetz enthält auch die „Intention zur Schaffung eines Wassermarktes“.

Wasserversorgung

Die Wasserversorgung ist in Spanien in den Händen der Regionen und Gemeinden. Gemessen am gesamten Trinkwasseraufkommen Spaniens dürfte es zu keinen Engpässen bei der Versorgung kommen. Die Nachfrage beträgt etwa 85 % des Gesamtaufkommens. Problematisch ist allerdings die geografische Situation, so dass traditionellerweise zwischen einem „feuchten“ und einem „trockenen“ Spanien unterschieden wird. In Süd- und Zentralspanien wohnen 37 % der Bevölkerung, es sind aber nur 19 % der Wasserressourcen verfügbar (über die Flüsse Guadiana, Guadalquivir, Sur, Segura und Júcar). 81 % der Wasserressourcen fließen im restlichen Staatsgebiet (über die Flüsse Duero, Tejo und Ebro). Lediglich in Galizien, in Katalonien, im Einzugsgebiet der Flüsse Guadiana und Júcar sowie auf den Balearen ist die Verfügbarkeit von Wasserressourcen größer als die Nachfrage. Ebenfalls problematisch sind die Ungleichmäßigkeiten nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der einzelnen Flusseinzugsgebiete aufgrund der unregelmäßigen

Regenfälle. Die Wasservolumina der Flüsse können bis zu einer Proportion von 1 zu 50 schwanken.

2001 erhielt Spanien von der EU-Kommission eine zweite Abmahnung, weil in einem Versorgungsgebiet in Katalonien bei bis zu 25 % der Proben der Nitratgrenzwert überschritten wurde - nach Auffassung der Kommission wegen unzureichender Überwachung von Schweinemast-Betrieben mit entsprechender Gülleproduktion.

Während einer der zyklischen Dürreperioden, hat das spanische Parlament im September 1999 ein neues Gesetz zum Schutz der Wasserressourcen verabschiedet. Kernpunkt war die Schaffung eines Wassermarktes, auf dem Wassernutzungsrechte gekauft und verkauft werden können. Der Regierung wird darüber hinaus ermöglicht, die Wasserressourcen den einzelnen Wirtschaftsbereichen nach Prioritäten zuzuweisen. Das neue Gesetz macht außerdem Verbrauchsmessungen in der Bewässerungswirtschaft obligatorisch und schafft Rahmenbedingungen für Entsalzung und die Verwendung von „grey-water“ beispielsweise zur Bewässerung von Golfplätzen.

Seitens von UmweltschützerInnen wird kritisiert, dass damit nicht das Kernproblem der Wasserversorgung gelöst wird. Aufgrund von Leitungsverlusten in den landwirtschaftlichen Bewässerungsnetzen gehen derzeit etwa 60 % (!) der Wassermenge verloren, in den Verteilungsnetzen für Haushalte betragen die Leitungsverluste nach Angaben des Umweltministeriums zwischen 25 und 50 %!

Spanien hat im europäischen Vergleich eine sehr unausgewogene Preisstruktur. 80 % des Wassers werden für landwirtschaftliche Bewässerungssysteme verbraucht mit einem sehr günstigen Durchschnittspreis von 0,07 €/m³. Der Durchschnittspreis für Haushalte in Städten über 20.000 Einwohner beträgt dagegen das Neunfache - 0,63 € - und für die Industrie ebenfalls 0,65 €/m³.

Abwasserentsorgung

Auch die Abwasserentsorgung ist in den Händen der Regionen und Gemeinden. Gesetzliche Grundlage ist das Wassergesetz 1985 ergänzt in verschiedenen Verordnungen. 1991 wurde die Europäische Abwasserbehandlungsrichtlinie (RL 91/271/EEC) verabschiedet, 1994 wurde in Spanien eine erste Bestandsaufnahme über den Zustand der Abwasserbeseitigung gemacht. Bei nur 41 % der Bevölkerung wurden die vorgegebenen Standards erreicht. Mehr als die Hälfte der Kläranlagen funktionierte nicht richtig, in technischer Hinsicht wie hinsichtlich des Managements, ein Großteil war unterdimensioniert. Bei 87 % der Bevölkerung kam ein gemeinsames Netz für Abwasser und Regenwasser zum Einsatz, und nur bei 13 % wurden Regenwasser und Abwasser getrennt erfasst. Die Hauptursache dafür liegt darin, dass das Ministerium für öffentliche Bauten und Umweltschutz in den 70er und 80er Jahren eine Reihe von Kläranlagen errichten ließ, zumeist von ausländischen Firmen, die dann den autonomen Regionen übergeben wurden. Diese hatten weder die finanziellen Mittel, noch die erforderlichen ExpertInnen für einen korrekten Betrieb der Anlagen.

Zur Umsetzung der Vorgaben in der Abwasserrichtlinie wurde gemeinsam durch die Regierung und die autonomen Regionen (mit Verspätung) ein nationaler Plan entwickelt. Die Regierung steuerte 25 % der Mittel für die zu schaffende Infrastruktur bei, die autonomen Regionen wurden berechtigt, Abwassergebühren einzuhoben, wobei eine größere Anzahl von kleinen und mittleren Städten diese bis heute nicht eingeführt hat.

Privatisierungstendenzen

Die Vergabe von Konzessionen zur Wasserversorgung ist in Spanien Aufgabe der etwa 8.000 Gemeinden bzw. ihrer BürgermeisterInnen. Seit Anfang der 90er Jahre gibt es de facto Privatisierungen im Rahmen von Konzessionsvergaben und zur Zeit sind etwa 44 % des Marktes in privaten Händen. Üblicherweise verbleibt das Anlagekapital, Wasserspeicher, Netze und Aquädukte in Gemeindebesitz. Die Konditionen der Konzessionsvergabe unterliegen aber keinen Regeln und müssen jeweils zwischen Gemeinde/BürgermeisterIn und Konzessionär ausgehandelt werden. Der

einzigste allgemeingültige Grundsatz steht im spanischen Konzessionsrecht, wonach Konzessionäre berechtigt sind, Gewinne zu machen

8 größere oder mittelgroße Unternehmen sind auf dem spanischen Wassermarkt aktiv. Das bei weitem wichtigste Unternehmen ist die „*Sociedad General de Aguas de Barcelona S.A.*“ („*AgBar*“), die zu 47 % in Besitz eines Konsortiums unter der Führung von „*Suez*“ / „*Veolia*“ und „*Fomento de Construcciones y Contratas*“ (an letzterer hält „*Veolia*“ einen 28 %-Aktienanteil). „*AgBar*“ hält derzeit etwa 800 Konzessionen in Spanien mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 20 Jahren. Die Vergabe einer Konzession bedeutet ein Gebietsmonopol, die Tarife werden auf Grundlage der erwarteten Absatzvolumina kalkuliert.

Im Abwasserbereich kann das Management der Kläranlagen entweder direkt oder indirekt erfolgen. Direktes Management erfolgt von den Gemeinden (oder Gemeindeverbänden) selbst, von einer Verwaltungsbehörde, oder von einer Gesellschaft in öffentlichem Eigentum. Indirektes Management impliziert die Privatisierung und erfolgt entweder im Rahmen einer PPP, durch Konzessionsvergabe oder Leasing. Bei Leasing werden die Preise fix vereinbart, bei der Konzessionsvergabe periodisch neu ausgehandelt. Der privatisierte Anteil betrug 1996 29 % (Konzessionen 17 %, Leasing 7 %, PPP`s 5 %), wobei aber öffentliche Unternehmen über Subcontracting Aufgaben an private weitergeben können.

5. Literatur

WRC/Ecologic: Study on the Application of the Competition Rules to the Water Sector in the European Community. Dezember 2002

Jan-Erik Gustafsson: Public Water Utilities and Privatisation in Sweden, Working Paper, EPSU Public Service Conference Brussels 12 December 2001

Emanuele Lobina / David Hall: Italian Water Industry 1999: A Profile, PSIRU Report, Februar 1999

David Hall: Trends in the Water Industry in the EU, PSIRU Report, Februar 1999

Emanuele Lobina / David Hall: Public Sector Alternatives to Water Supply and Sewerage Privatisation: Case Studies, PSIRU Report, August 1999

David Hall: The Water Multinationals, PSIRU Report, September 1999

David Hall: Water Partnerships – Public-Public-Partnerships and ‘Twinning’ in Water and Sanitation, PSIRU Report, Juli 2000

David Hall: The Water Multinationals 2002 – Financial and Other Problems, PSIRU Report, August 2002

David Hall: Water and DG Competition, PSIRU Report, Mai 2003

6. Internetquellen

EU-Staaten

Belgien: www.belgaqua.be

Belgien: www.swde.be

Belgien: www.uvcw.be

Belgien: www.spge.be

Belgien: www.biwm.be

Dänemark: <http://www.mst.dk>

Deutschland / BUND: <http://www.bund-nrw.de/wasserversorgung.htm>

Deutschland / Frankfurt: http://www.ifs.tu-darmstadt.de/pg/heinelt/p_eu_2000-2002-gramel.pdf

Deutschland / Niedersachsen: <http://www.mu.niedersachsen.de/pdf/wasserkommission.pdf>

Deutschland: <http://www.umweltdaten.de/wasser/wawi-d-1.pdf>

Deutschland: <http://www.wvgw.de/ew-praxis/pdfs/03editorialinhalt022001.pdf>

Finnland: <http://www.vyh.fi/eng/environ/state/waterre/waterser/waterser.htm>

Griechenland: <http://www.feweb.vu.nl/re/regional/Metron/metrondocs/athens.pdf>

Großbritannien: http://www.ifs.tu-darmstadt.de/pg/heinelt/p_eu_2000-2002-page.pdf

Großbritannien: <http://www.waterwatch.org.uk/>

Irland : <http://www.environ.ie/planning/water.html>

Irland: <http://www.mop.ie/html/practice/projects/docs/projectsrestructur102000.pdf>

Luxemburg: <http://www.mev.etat.lu/admenv/eaux/wasser/versorgung.html>

Niederlande: <http://www.arsu.de/Downloads/Wasserwirtschaft%20Niederlande.pdf>

Niederlande: <http://www.minvenw.nl>

Niederlande: http://www.utwente.nl/cstm/Publications/Water_management/All_documents.doc/

Österreich: <http://www3.akwien.at/pdf/uv/kraemer.pdf>

Österreich: http://www3.akwien.at/pdf/uv/gew_pos_z_siedlungswasserwirtschaft_dt.pdf

Österreich: http://www.kommunalkredit.at/up-media/246_Endversion_PPP.doc

Österreich: <http://www.wassernet.at/>

Österreich: <http://www.ovgw.at/>

Österreich: http://staedtebund.wien.at/service/pauer_oegz0111.html

Österreich: http://staedtebund.wien.at/service/pramboeck_schnattinger_sww1_oegz0111.html

Portugal: <http://www.apda.pt/>

Spanien : <http://hispagua.cedex.es/default.htm>

Deutsche Bank : <http://www.ebconline.org/files/at176.pdf>

EU: <http://www.uan.de/infos2000/abwasserskandal%20ro.htm>

Sonstige

EU, Deutschland, Niederlande, Spanien, Großbritannien: <http://meritbbs.unimaas.nl/tep/reports/>

Euwarness (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien): <http://www.euawareness.nl/>

OECD- Wasserpreise: <http://www.globwinet.org/files/190425782.45898.68/epocgee9812.pdf>

Verschiedene Länderberichte: <http://www.psiru.org>

Wasserbehörden: <http://www.nwl.ac.uk/ih/devel/wmo/hhcwsu.html>